

DEMOKRATIEGESCHICHTE

ALS BEITRAG ZUR DEMOKRATIESTÄRKUNG

Michael Parak (Hrsg.)

unter Mitarbeit von

Dennis Riffel und Ruth Wunnicke



Eine Publikation von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
und der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

DEMOKRATIEGESCHICHTE

ALS BEITRAG

ZUR DEMOKRATIESTÄRKUNG

Michael Parak (Hrsg.)

unter Mitarbeit von

Dennis Riffel und Ruth Wunnicke

Eine Publikation von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
und der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

aus Mitteln des Bundesprogramms
„Demokratie leben!“

Demokratie **leben!**



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

Impressum

© 2018 Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Hrsg. von Michael Parak unter Mitarbeit von Dennis Riffel und Ruth Wunnicke
Eine Publikation von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und
der Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.
Stauffenbergstraße 13-14
10785 Berlin

Gedenkstätte Deutscher Widerstand
Stauffenbergstraße 13-14
10785 Berlin

www.gegen-vergessen.de
info@gegen-vergessen.de
www.gdw-berlin.de
sekretariat@gdw-berlin.de

Fotos: konzeptautoren, Berlin
Lektorat: Ines Eifler, Görlitz
Satz: Atanassow-Grafikdesign, Dresden
Druck: Druckerei Conrad GmbH, Berlin

ISBN 978-3-00-058507-4

INHALT

Demokratiegeschichte als Beitrag zur Demokratiestärkung	5
Michael Parak	
Gegen das Vergessen der Freiheits- und Demokratiegeschichte	13
Bernd Faulenbach	
Anknüpfungspunkte für die Demokratiegeschichte: Das Beispiel Weimarer Republik	23
Johannes Tüchel	
Demokratiegeschichte als Lerngeschichte. Zu einem vernachlässigten Zweig der historisch-politischen Bildung	29
Michele Barricelli	
Demokratiegeschichte als Aufgabe der Erinnerungsarbeit in Deutschland	43
Bernd Faulenbach	
Demokratiegeschichte: Webseiten, Ausstellungen, Netzwerke ...	49
Dennis Riffel und Ruth Wunnicke	

DEMOKRATIEBELN

Demokratiegeschichte als Beitrag zur Demokratiestärkung

Michael Parak

In einer Demokratie zu leben ist keine Selbstverständlichkeit. Und deshalb sind auch Verhaltensmuster, wie Bürgerinnen und Bürger in einer Demokratie agieren können, nichts Naturgegebenes. Da hilft es manchmal, Anregungen zu bekommen, zum Nachdenken, aber vielleicht auch mit konkreten Beispielen, dass etwas gelingen kann, dass sich Mühen lohnen können.

Angesichts der gesellschaftlichen Polarisierung ist die Frage „Wie wollen wir Demokratie leben?“ von großer Bedeutung. Einerseits geht es darum, sich mit Vorstellungen auseinanderzusetzen, die den demokratietheoretischen Begriff der „Volks-herrschaft“ an eine ethnische Herkunft binden wollen und damit entgegen dem Sinn des Grundgesetzes agieren. Andererseits geht es zunehmend darum, sich selbst bewusst zu werden, welche Vorstellung und Erwartungen mit dem Begriff Demokratie verbunden werden. Eine stärkere Klarheit auf diesem Feld wappnet für politische Diskussionen, weil eben nicht nur deutlich wird, „Wogegen“ man ist, sondern das „Wofür“ im Mittelpunkt steht. Damit kann eine positive Botschaft gesendet und in einen werbenden Diskurs für die Demokratie getreten werden.

Genau an dieser Stelle kann die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte ansetzen. Sie ist kein Allheilmittel, kann aber doch Rüstzeug geben, sich im demokratischen Miteinander einzubringen.

1. Das weite Spektrum der Demokratiegeschichte

Demokratie ist nichts Statisches, sondern immer Entwicklung. Deshalb gibt es im Blick zurück auch nicht „die“ Demokratiegeschichte.

Kampf um demokratische Werte in autoritären Systemen oder Diktaturen

Demokratie ist nicht einfach da. Sie muss erkämpft und etabliert werden. Diese Einsicht wird geschärft, indem das Eintreten für Grundrechte und Freiheiten in autoritären Systemen oder Diktaturen betrachtet wird. Dazu zählt auch, dass der Kampf für Demokratie keine lineare Erfolgsgeschichte ist. Vielmehr gibt es viele Beispiele

le des Scheiterns, verdeutlicht etwa an der 1848er-Revolution. Die Geschichte der Demokratie ist oftmals auch die Geschichte von Widerstand: Die Geschichte von Demokratinnen und Demokraten, die Repressionen erleiden mussten, wie auch des demokratischen Widerstands. Die Erinnerung an Menschen, die für Demokratie eingetreten sind, ist keineswegs auf die eigene Nation beschränkt. Hier ergeben sich auch Anknüpfungspunkte zu Ländern, die gegenwärtig nicht demokratisch verfasst sind, und damit auch zu den Migrationsgeschichten von Menschen, die aus diesen Ländern kommen.

Etablierung der Demokratie

Nach dem Abstreifen eines autoritären Systems oder einer Diktatur geht es darum, eine Demokratie aufzubauen. Die „Freiheit von etwas“ kann zur „Freiheit zu etwas“ weiterentwickelt werden. Es geht um die „Bereitschaft, Ja zu sagen zu den vorfindlichen Möglichkeiten der Gestaltung und Mitgestaltung“ (Joachim Gauck). Hilfreich kann dafür ein Blick auf die Umbruchsjahre 1918/19, 1949 und 1989/90 sein, im Sinne einer Beschäftigung mit Übergang und Wandel. Wie wird aus einer Diktatur eine Demokratie? Wie werden diese Umwandlungsprozesse gestaltet? Die Demokratisierung eines Landes ist für alle Beteiligten auch das Suchen und Spüren nach guten und gesellschaftsverträglichen Wegen. Manche Entscheidungen waren erfolgreich, andere würden heute anders getroffen werden. Die einstigen Akteure der Umwandlungsprozesse und ihr Handeln können heute für uns ein Lernfeld sein: dafür, dass Geschichte von Menschen gemacht wird und dass politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen gestaltet werden müssen. Auch hier gibt es vielfältige Anknüpfungspunkte an Migrationsgeschichten.

Alltag in der Demokratie

Das Grundgesetz und die repräsentative Demokratie prägen in den westlichen Bundesländern immerhin schon mehr als 65 Jahre lang die Politik, in den ostdeutschen Bundesländern seit über 25 Jahren. Beim „Demokratie leben“ fangen wir nicht bei null an, sondern in einem politischen System, das bei allen realen Mängeln und Unzulänglichkeiten von vielen als Zufluchtsort gesehen wird.

Der „ganz normale“ Alltag in einer Demokratie ist vielen oftmals nicht bedeutsam genug, um daran zu erinnern. „Man konnte doch nichts machen“ ist eine Haltung, die wir oft in Erzählungen über die Vergangenheit hören. Heute wird diese Aussage erweitert um den Topos „man müsste doch etwas machen“, ohne dass daraus Konsequenzen gezogen werden.

Engagement braucht auch Vorbilder, die zeigen, dass Einzelne etwas bewirken können. Vorbildhaftes Verhalten beschränkt sich nicht nur auf Situationen, in denen es um einen Einsatz auf Leben und Tod geht, auf Personen, deren Taten und moralische Stärke vielleicht für die meisten unerreichbar sind. Der historische Blick auf den geliebten Alltag einer Demokratie kann eine Vielzahl von Beispielen „stiller Heldinnen und Helden“ zutage fördern, die sich für die Gesellschaft einsetzen. Ohne dieses beständige Engagement ist eine Demokratie nicht denkbar.

2. Bewusstsein für Wandel und Aushandlungsprozesse

Demokratie zu leben bedeutet, dass um politische Vorstellungen und Konzepte gerungen wird. Zwar können Kernelemente in einer Verfassung, die Ergebnis eines demokratischen Prozesses ist, fixiert werden. Die Auslegung und Weiterentwicklung in der Praxis ist aber veränderbar. Ein Mittel, um Entwicklung zu veranschaulichen, ist die Beschäftigung mit Geschichte.

Mit anderen Meinungen umgehen: Zur Auseinandersetzung um politische Inhalte gehört es auch, damit umzugehen, dass andere Menschen Meinungen vertreten, die der eigenen konträr gegenüberstehen. Der Umgang damit ist unterschiedlich. Es kann gezeigt werden, dass es möglich ist, hart in der Sache zu streiten und das Gegenüber trotzdem respektvoll zu behandeln. Selbst das bewusste Eintreten für die Rechte politischer Gegner ist eine Verhaltensweise, die vorkommt.

Aushandlungsprozesse und Kompromisse: Wir sind fasziniert von Personen, die ihre Haltung standhaft vertreten – sogar bereit sind, dafür ins Gefängnis zu gehen oder zu sterben. Doch Demokratie zu gestalten bedeutet mehr als „Hier stehe ich und kann nicht anders“. Auf der Grundlage eigener Prinzipien gilt es, in Aushandlungsprozesse mit anderen einzutreten. Dies impliziert auch die Suche nach gemeinsamen Lösungen und Kompromissen. Spannend wäre es, anhand geschichtlicher Beispiele herauszustellen, dass Kompromisse zur Weiterentwicklung der Demokratie beigetragen haben und es weiterhin tun.

Debatten führen: Oftmals wird heute beklagt, es gebe keine Diskussionskultur mehr. Doch was war zu vergangenen Zeiten anders oder gar besser? Ein Blick in die Geschichte kann vielerlei hervorbringen: Spannendes und Langweiliges, Formen, die uns faszinieren, aber auch solche, die uns abstoßen. Dies könnte ein Fundament sein, darüber zu diskutieren, wie heute politische Debatten verlaufen und verlaufen könnten.

Sich verändern: Da sich die Welt fortlaufend verändert, wäre es seltsam, wenn sich politisch Aktive nicht ebenfalls verändern würden. Trotzdem haben wir den Wunsch nach Gestaltern, die „sich treu“ bleiben. Welche Beispiele gibt es dafür, dass die Veränderung wie auch das Räumen bisheriger Positionen gut kommuniziert wurden? Gibt es sogar Beispiele von Akteuren, die zugeben, dass sie ihre damalige Haltung unter heutigen Vorzeichen für falsch halten?

Good Governance: Mit der Wahl des Parlaments oder der Regierung ist es nicht getan. Nun fängt die eigentliche Arbeit an. Der Blick auf die Geschichte verdeutlicht, dass es viele Möglichkeiten gibt, mit dem auf Zeit verliehenen Mandat umzugehen. Es können Beispiele dargestellt werden, die den besonderen Willen zeigen, etwas zu gestalten und die eigenen Vorstellungen in die Praxis umzusetzen: Ein „best practice“ aus 100 Jahren demokratischer Willensbildung.

Vision und Wirklichkeit: Parteiprogramme und gesellschaftspolitische Entwürfe – sie gehören zu wesentlichen Elementen einer Demokratie. Doch wie verändert sich Programmatik durch Einflüsse wie zum Beispiel des Regierungshandelns? Welche produktiven wechselseitigen Beziehungen zwischen Vision und Wirklichkeit können an historischen Beispielen aufgezeigt werden?

Republik-Gegner, die sich verändern und in das demokratische System integrieren: Selbstverständlich ist der Blick auf die erklärten Feinde der Demokratie notwendig. Gleichermäßen können aber auch Erkenntnisse aus der Betrachtung derjenigen Personen oder Parteien gezogen werden, die sich verändern und die Gegnerschaft ablegen. So wird deutlich: Einmal „undemokratisch“ bedeutet nicht auf immer und ewig „undemokratisch“. So wandelte sich beispielsweise die Deutsche Volkspartei in der Weimarer Republik und stellte mit Gustav Stresemann einen Außenminister, der für die internationale Verständigung steht.

Es braucht eine positive und alltagstaugliche Perspektive: Die Frage, wie wir eigentlich in der Zukunft gemeinsam Demokratie leben wollen, muss stärker in den Vordergrund gestellt werden. Dabei kann auch die Beschäftigung mit der Geschichte der Demokratie helfen. Notwendig ist eine Verständigung über grundsätzliche Perspektiven. Hier zählt nicht nur das Ergebnis. Entscheidend ist, dass überhaupt dieser Prozess der Demokratieentwicklung stattfindet. Er muss offen, transparent und partizipativ sein. Denn nur wo ich mich beteiligen kann, wo meine Gedanken und Ansichten zumindest gehört werden, kann ich mich verorten und politisch heimisch fühlen.

Indem das Prozesshafte der Demokratie herausgestellt wird, kann deutlich werden: Es gibt Möglichkeiten, sich einzubringen, an der gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklung teilzuhaben. Partizipation ist aber nicht einfach da. Sie muss ebenfalls erprobt, entwickelt, etabliert und manchmal auch erkämpft werden. Partizipation ist ein wesentliches Element von Integration. Dieses dynamische Element ist Dreh- und Angelpunkt politischen Engagements und gilt unabhängig von der Herkunft.

3. Bürgergesellschaftliches Engagement vor Ort

Viele Menschen und Gruppen, die sich bürgerschaftlich in Deutschland engagieren, setzen sich mit der Geschichte auseinander. Eine Motivation für ihr Engagement ist, dass aus dem Rückblick auf die nationalsozialistische Vernichtungspolitik – auch aus dem Blick auf den SED-Unrechtsstaat – eine besondere Verantwortung für die Gestaltung einer Gesellschaft in Vielfalt besteht, in der menschenfeindliche Einstellungen und Handlungen keinen Platz haben. Dieses Engagement sollte unterstützt und weiterentwickelt werden.

Eine lokalgeschichtliche Spurensuche zur Demokratiegeschichte erweitert die Möglichkeiten für Initiativen vor Ort. So ist es zum Beispiel nicht weit von der Auseinandersetzung mit dem Umgang mit NS-Tätern in der Nachkriegszeit hin zum Thema, wie die Demokratie in Deutschland nach 1945 aufgebaut wurde. Über den Fokus Demokratiegeschichte vor Ort kann Zeitgeschichte als Epoche der Mitlebenden stärker in den Blick genommen werden. Über 65 Jahre Geltungsbereich des Grundgesetzes sind ein lohnendes Feld für lokalgeschichtliches Engagement.

Die Auseinandersetzung mit Personen macht Geschichte und Gegenwart greifbar. Wen verknüpft man vor Ort mit dem Thema Demokratie? Diese Herangehensweise ist nicht ganz einfach. Zu gerne würden wir „Heldengestalten“ finden. Der konkrete Blick zeigt aber Menschen mit Schattenseiten, Fehlern und Brüchen im Lebenslauf, die mit ihrem Handeln in konkreten Situationen dennoch demokratische Vorbilder sein können. Dabei geht es nicht um eine eindimensionale Erfolgsgeschichte, sondern um kritisches Hinterfragen, das Verdeutlichen von Handlungsspielräumen und konkretes Engagement.

Gerade durch die Betrachtung der lokalen Geschichte kann deutlich werden, dass demokratisches Engagement neben parlamentarischen und parteipolitischen Formen weitere Ausdrucksformen findet. So kann zum Beispiel der Beitrag von ge-

sellschaftlichen Gruppen (Gewerkschaften, Kirchengemeinden, Bürgerinitiativen, Schülervertretungen) für die demokratische Gesellschaft thematisiert werden. Auch lässt sich die Rolle Einzelner bestimmen, die sich in besonderer Weise durch demokratisches Engagement ausgezeichnet haben.

4. 2018 / 19 als Chance

In Vorbereitung des Jubiläumsjahres 2018/19 (Gründung der Weimarer Republik vor 100 Jahren) bietet sich eine besondere Akzentsetzung an: In diesem und in den kommenden Jahren soll besonders hervorgehoben werden, dass und wie Demokratie etabliert und gestaltet werden muss. Es soll also weniger um das Er kämpfen und um das Verteidigen der Demokratie gehen, was selbstverständlich ebenfalls ein legitimer Blickwinkel auf die Weimarer Republik ist. Insgesamt steht die Frage im Vordergrund, wie sich Menschen in einem Land, das sich als parlamentarische Demokratie konstituiert hat, verhalten können. Gerade diese Fokussierung bietet Anknüpfungs- und Orientierungspunkte für Bürgerinnen und Bürger im heutigen Deutschland. Glücklicherweise gibt es bei uns die Demokratie als etabliertes und funktionierendes System. Trotz einer Abwendung relevanter Bevölkerungsgruppen von der durch die bisherigen Parteien repräsentierten Demokratie steht kein Systemwechsel bevor – sei es über das Vehikel Wahlen oder über andere Formen. Deshalb geht es um die so interessanten wie auch schwierigen Fragen, wie wir uns in einer Demokratie verhalten können bzw. wie Demokratie gelebt werden kann.

Als historische Vergleichsfolie können dabei nicht nur die Jahre der Weimarer Republik von 1919 bis 1933 herangezogen werden. Ebenfalls kann mit der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland – praktischerweise ist 1949 ebenfalls mit einer Neunerszahl versehen – wie auch mit der Etablierung der Demokratie in den ostdeutschen Ländern nach 1989/90 gearbeitet werden. Auch die „Deutsche Demokratische Republik“ kann hinsichtlich ihres Demokratiegehalts hinterfragt werden. Damit steht ein breiter Fundus an historischen Ereignissen und in der Vergangenheit gewonnenen Erfahrungen zur Verfügung. Fast 100 Jahre – wenn auch mit unterschiedlichen West-Ost-Erfahrungen – Demokratie in Deutschland.

Demokratie muss gestaltet, gelebt und weiterentwickelt werden. Für die Versuche, dies zu tun, bieten sich in der Zeitgeschichte viele Beispiele. Aus der Auseinandersetzung mit ihnen können sich Anknüpfungspunkte für heutiges Handeln ergeben. Motivation für bürgergesellschaftliches Engagement aus der Geschichte zu schöpfen –

dies ist das Potenzial, das sich mit dem Jähren der Gründung der Weimarer Republik ergibt. Die Beschäftigung mit Geschichte kann dazu anregen, sich tiefergehend mit Fragen zu beschäftigen, die Menschen heute umtreiben. Dabei hilft der Blick in die Vergangenheit oftmals, sich deutlich zu machen, dass es immer verschiedene Handlungsoptionen gibt.

D
E
M
O
K
R
A
T
I
E
F
R
E
I
H
E
I
T

GEGEN DAS VERGESSEN DER FREIHEITS- UND DEMOKRATIEGESCHICHTE

BERND FAULENBACH

Die Bewusstmachung und Vermittlung der problematischen jüngsten Geschichte für die Gegenwart ist vielfach ein Ziel der historisch-politischen Bildung für Jugendliche und Erwachsene. Diese Zielsetzung hat einen mehrfachen Bezug zur Demokratie:

- Demokratie und das hinter ihr stehende Wertesystem bilden Maßstab und Bezug für die Vergegenwärtigung von Diktaturen und Totalitarismen der Vergangenheit.
- Der Widerstand gegen die totalitären Diktaturen war vielfältig durch demokratische Überzeugungen motiviert; er ist selbstverständlich in die Erinnerungsarbeit einzu beziehen.
- Die deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts enthält durchaus demokratische Traditionen, die zu bewahren sind.
- Demokratie ist keineswegs als etwas ein für alle Mal Erreichtes zu sehen, sondern selbst Teil eines un abgeschlossenen Prozesses, für den die Bürgerinnen und Bürger verantwortlich sind.

Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, historische Ereignisse und Bewegungen zu identifizieren, die Bedeutung für unser gegenwärtiges Demokratieverständnis in Deutschland haben.

Manche Nationen haben große traditions- und konsensbildende Ereignisse, die sich nicht selten zu Mythen verdichtet haben, etwa die USA mit ihrer Unabhängigkeitserklärung und dem Unabhängigkeitskrieg oder Frankreich mit der Französischen Revolution usw. Bei anderen Nationen aber ist die demokratische Traditionsbildung schwieriger. Gustav Heinemann meinte 1969 nach seiner Wahl zum Bundespräsidenten, es gebe „schwierige Vaterländer“. Eines von diesen sei Deutschland. Doch gerade er bemühte sich darum, die demokratische Traditionsbildung in Deutschland zu fördern, und regte die Gründung des Museums der deutschen Freiheitsbewegungen in Rastatt an. Manches spricht dafür, dieses Anliegen in der Gegenwart verstärkt aufzugreifen – nicht zuletzt auch in der und durch die Vereinigung Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V.

I.

Die Freiheits- und Widerstandsbewegungen bewusst zu machen, bedeutet keineswegs, die vielfältigen Ambivalenzen deutscher Geschichte und die in der Gegenwart nachwirkenden Hypotheken auszublenden. Keine Frage: Der NS-Diktatur und deren beispiellosen Verbrechen ist nicht auszuweichen, sie werden auch künftig das deutsche historische Selbstverständnis mitprägen, ungeachtet der Tatsache, dass der Holocaust inzwischen nicht mehr nur als deutsches Verbrechen aufgefasst und nicht selten geradezu dekontextualisiert wird. Demokratie erhält ihre besondere Begründung in Deutschland eben gerade als konsequentes Gegenbild zur NS-Diktatur, was eine Ablehnung jeder Diktatur zur Konsequenz hat. Doch ist damit die Frage nach den demokratischen Traditionen nicht erledigt. Und es stellt sich heute tatsächlich die Frage, über welche lebendigen oder potenziellen Erinnerungen wir verfügen, von denen hier einige skizziert, andere aber – wie der Föderalismus oder die kommunale Freiheitstradition – nicht thematisiert werden. Wir brauchen einen neuen Diskurs über die Geschichte der Demokratie in Deutschland.

II.

Schon durch die Staatssymbolik ist die Bundesrepublik mit der Revolution von 1848/49 verbunden, die Teil des europäischen Revolutionsgeschehens jenes Jahres war, doch auch ein ganz wesentliches Geschehen der deutschen Demokratiegeschichte bildet – ungeachtet der problematischen außenpolitischen Positionen, die in der Revolutionsbewegung insbesondere gegenüber den slawischen Völkern sichtbar wurden. Die in sich heterogene, mehrschichtige, in verschiedenen Revolutionszentren ablaufende Bewegung zielte in ihrer Hauptströmung zum einen auf die Realisierung eines freiheitlichen Verfassungsstaates, der das Erbe des Feudalzeitalters überwinden und auf staatsbürgerlicher Gleichheit basieren sollte. Zum anderen zielte sie auf die Zusammenfassung der deutschen Staatenwelt in einem Nationalstaat. Die Heterogenität der Bewegung kam unter anderem darin zum Ausdruck, dass die wichtigsten politischen Strömungen der Folgezeit 1848/49 auf der Bildfläche erschienen. Die Revolutionsbewegung scheiterte zwar, war gewiss aber nicht folgenlos. Preußen und die Donaumonarchie wurden dauerhaft Verfassungsstaaten. Auch ging der nationale Kommunikationszusammenhang samt bestimmter Argumentationsmuster nicht mehr verloren. Dennoch wirkt das Scheitern der Bewegung lange in der deutschen politischen Kultur nach.

Die Einheit wurde dann von oben durch Bismarck, durch militärische Gewalt, in drei Kriegen durchgesetzt. Gewiss ging etwas von den Ideen von 1848 in das neue Reich ein, doch blieb die Tradition von 1848 eine Anti-Tradition zum Kaiserreich, gepflegt von Teilen des südwestdeutschen Liberalismus und vor allem von der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, die sich diese Tradition aneignete. So ist es verständlich, dass die Tradition von 1848 in den Jahren 1918/19 durch Linkliberalismus und Sozialdemokratie wieder aufgegriffen und zur Tradition der Republik von Weimar erhoben wurde, doch genau wie die Republik um ihre Anerkennung kämpfen musste. Erneut wurde diese liberal-demokratische Tradition auch nach dem Zweiten Weltkrieg in der Zeit des Säkularjubiläums 1948 revitalisiert. Als sich 1998 die Revolution von 1848/49 zum 150. Mal jährte, wurde sie in Formen gewürdigt, die die Geltung dieser Tradition in der Gegenwart deutlich machen sollte. Keine Frage, hier haben wir es mit einer Traditionslinie der gegenwärtigen Demokratie zu tun.

III.

Die Revolution 1918/19, die nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches in schweren Auseinandersetzungen in der Einrichtung einer parlamentarischen Demokratie mündete, blieb bis 1933 umstritten. Sie wurde in diesen Jahren nicht zu einem traditionsbildenden Ereignis. Die Republik von Weimar, das Ergebnis der Revolution 1918/19, war jedoch keineswegs von vornherein zum Scheitern verurteilt und ist als ein Stück der Demokratiegeschichte neu zu entdecken. Einzuräumen ist, dass sie von der nationalistischen Opposition ebenso abgelehnt wurde wie von den Kommunisten und um ihre Anerkennung kämpfen musste. Die tragenden Kräfte versuchten in schwieriger Zeit, eine moderne Demokratie und einen Sozialstaat aufzubauen – ein bis heute denkwürdiger Versuch. Nach dem Zweiten Weltkrieg versuchte man aus den Fehlern von Weimar zu lernen. „Bonn ist nicht Weimar“, war in den 1950er-Jahren ein bekannter Buchtitel, der die Unterschiede zwischen Bundesrepublik und Weimarer Republik betonte, aus der zwar bestimmte Persönlichkeiten wie Friedrich Ebert und Gustav Stresemann mit der Gegenwart in Beziehung gesetzt wurden, die jedoch insgesamt als problematischer Teil der Geschichte betrachtet wurde. Erst in der Gegenwart wird stärker bewusst, dass wir zum Teil auf den Ideen und Erfahrungen von Weimar aufbauen und es sich lohnt, sich mit den demokratischen Kräften jener Jahre zu beschäftigen.

Eine wesentliche Stunde der Republik in der Phase ihrer Agonie war Otto Wels' Rede gegen das Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933, in der er gegen Hitler „die Grund-

sätze der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus“ bekräftigte und ihm die Macht bestritt, „Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten“. Diese Rede spielt im Erinnerungshaushalt gegenwärtiger Demokratie in Deutschland zurecht nach wie vor eine besondere Rolle.

IV.

Ein bedeutsamer Erinnerungskomplex gegenwärtiger Demokratie ist der Widerstand gegen Hitler und die NS-Politik, den wir uns noch breiter und wirksamer wünschen möchten, der jedoch auch in den realen Dimensionen und konkreten Motiven und Aktionen wahrlich Beachtung in der Erinnerungskultur verdient. Dabei ist davon auszugehen, dass sich schon vor 1933 wesentliche Kräfte gegen die NS-Machtübernahme gestemmt haben, vor allem die sozialdemokratische Arbeiterbewegung, die die Republik von Weimar zu verteidigen suchte, ebenso die KPD, die freilich an die Stelle der Demokratie eine Diktatur des Proletariats oder – wie es auch in der damaligen Agitation hieß – „Sowjetdeutschland“ errichten wollte. Es gab mithin schon vor 1933 Widerstand gegen den Nationalsozialismus, der nach der NS-Machtübernahme fortgesetzt wurde. Darauf waren die Gegner Hitlers und des Nationalsozialismus schlecht vorbereitet. Dies gilt auch für die Kommunisten, die schon in der Weimarer Zeit teilweise in der Illegalität gearbeitet hatten. Ihr Kampf gegen die NS-Herrschaft kostete zahlreiche Opfer und scheiterte bis 1935 fast völlig. Die Sozialdemokraten bevorzugten andere Formen des Widerstandes und versuchten, vor allem untereinander Kontakt zu halten; ihnen gelang es, ein Netzwerk mit dem Exil aufzubauen, doch auch ihr Widerstand konnte die Entwicklung nicht nachhaltig beeinflussen. Besonders aktive Widerstandsarbeit leisteten kleine linke Gruppen, wie „Neubeginnen“ oder der „ISK“, auch sie mit beträchtlichen Opfern.

Während die Kommunisten ihren Widerstand nach dem Zweiten Weltkrieg geradezu zum Mythos erhoben und instrumental einsetzten, taten die Sozialdemokraten lange Zeit wenig, um die Erinnerung an den Widerstand zu bewahren, was eine Anpassung an den Zeitgeist der Nachkriegsperiode anzudeuten scheint. Erst in den vergangenen Jahrzehnten, unter anderem durch die Erarbeitung des Gedenkbuches „Der Freiheit verpflichtet“, hat sich dies geändert.

Die Erinnerung an den Widerstand hat sich in Westdeutschland lange auf den 20. Juli 1944 konzentriert, der zu Recht in der Öffentlichkeit beträchtliches Interesse findet. Diese Widerstandsbewegung rekrutierte sich aus Teilen der alten Eliten aus

Reichswehr und höherer Bürokratie, die nach 1933 zunächst die NS-Machtübernahme begrüßt hatten. Zu ihnen stießen weitere Persönlichkeiten aus Kirche und Wirtschaft, vor allem aber auch prominente Sozialdemokraten wie Julius Leber und Wilhelm Leuschner. Die Bewegung hatte sich seit 1938 formiert, wobei als Motive der unübersehbare Verlust der Geltung des Rechtes, die zunehmend radikale Judenverfolgung, auch die Auflösung von Maßstäben und Kompetenz eine Rolle spielten. Es waren im Wesentlichen drei Zentren, von denen die am 20. Juli 1944 kulminierende und scheiternde Widerstandsbewegung getragen wurde: die konservative Gruppe um den ehemaligen Leipziger Oberbürgermeister Carl Goerdeler; der nach dem gleichnamigen Gut in Niederschlesien benannte Kreisauer Kreis um Graf Helmuth von Moltke und Peter York von Wartenberg; sowie der militärische Widerstand um Franz Halder, Graf von Stauffenberg und andere. Bis zur Realisierung des Attentates verstrich viel Zeit, die Widerstandsbewegung musste sich dazu erst durchringen; mehrere Versuche scheiterten. Als das Attentat schließlich am 20. Juli 1944 realisiert wurde, war für die Kerngruppe der Erfolg nicht das Entscheidende. Henning von Treskow formulierte, es komme darauf an, dass „die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt hat“. Die Verschwörer wollten zeigen, dass Hitler nicht Deutschland sei, sondern dass es noch ein anderes, „ein besseres Deutschland“ gebe.

Nach dem Zweiten Weltkrieg mussten die Überlebenden und Angehörigen der Widerstandsbewegung des 20. Juli zunächst durchaus um ihre Anerkennung kämpfen. In den 1950er-Jahren bildete sich jedoch auch eine Tendenz heraus, die Männer der Widerstandsbewegung gleichsam als Antizipatoren der Bundesrepublik zu betrachten. Das geht im Hinblick auf die Verfassungs- und Gesellschaftsvorstellungen, die in der Nachkriegszeit bei aller Ambivalenz vorrangig auf die Überwindung der gesellschaftlichen Voraussetzungen des Totalitarismus zielten, zu weit. Doch der Gegensatz zu Hitler und seiner Gewaltpolitik, der Wille, Recht und Freiheit wiederherzustellen, die ethische Motivation – dies alles macht die Bewegung auch in der gegenwärtigen Demokratie ausgesprochen erinnerungswürdig. Allerdings sollte auch der Widerstand der Arbeiterbewegung, der zunächst der einzige Widerstand war, in der übrigen Gesellschaft, in den Kirchen und anderen Bereichen, nicht vergessen werden.

V.

Die Demokratie ist nach dem Zweiten Weltkrieg nicht von der Mehrzahl der Deutschen erkämpft worden. Gleichwohl wäre es falsch, sie ausschließlich als Geschenk

der Alliierten zu betrachten. Um die Erarbeitung des Grundgesetzes wurde im Parlamentarischen Rat gerungen und die Väter und Mütter des Grundgesetzes verdienen es, als Wegbereiter unserer Demokratie im Gedächtnis bewahrt zu werden. Dies gilt auch für zahlreiche Persönlichkeiten, die sich – trotz mancher auch hier vorhandenen Punkte, die man kritisch sehen kann – für den Aufbau der Demokratie und die Durchsetzung der demokratischen politischen Kultur mit ganzer Kraft einsetzten. Es gibt sie auf allen politischen Ebenen, auf der Bundesebene sind etwa Kurt Schumacher, Konrad Adenauer und Theodor Heuß zu nennen, Carlo Schmid und Erich Ollenhauer, Jakob Kaiser und Eugen Gerstenmaier, nicht zuletzt Willy Brandt und viele andere. Diese Repräsentanten der Politik der Nachkriegsperiode, die die vorhergehenden Epochen erfahren und verarbeitet hatten, gehören in die deutsche Demokratiegeschichte, in der neben der Mitwirkung in den Freiheits- und Widerstandsbewegungen auch die konkrete demokratische Aufbauarbeit erinnerungswürdig ist. Zu Recht erinnern mehrere Stiftungen an einige der genannten Persönlichkeiten und deren Leistungen.

Die Studentenbewegung Ende der 1960er-Jahre, die ihrerseits ein Epiphänomen der Fundamentalpolitisierung jener Zeit war, die traditionelle Autoritäten in Frage stellte und nach Partizipation strebte, hat gewiss – trotz teilweise extremer ideologischer Ziele – zur Durchsetzung einer demokratischen Zivilgesellschaft beigetragen. Zwar kann man sie nicht ohne weiteres den großen Freiheitsbewegungen deutscher Geschichte zuordnen, doch ist ihr Bedeutung in der Demokratiegeschichte durchaus beizumessen.

VI.

Zu den Freiheits- und Widerstandsbewegungen ist zweifellos die Bewegung des 17. Juni 1953 in der DDR zu rechnen, die seit den 1990er-Jahren, vor allem anlässlich der 50. Wiederkehr des Datums, von einer breiten Öffentlichkeit des vereinigten Deutschlands wiederentdeckt worden ist. Schon die Zeitgenossen waren durch dieses Ereignis tief aufgewühlt worden. In der Bundesrepublik wurde der Tag bereits 1953 zum Feiertag erklärt und bis 1990 als Tag der deutschen Einheit begangen, zunächst mit beträchtlichem Engagement, doch später vielfach in ritualisierter Form. Das hatte zur Konsequenz, dass er 1990 den Ostdeutschen als westdeutscher Feiertag, den Westdeutschen aber als ein inzwischen obsoleter Tag galt, der vielfach als Tag der Verlegenheit empfunden worden war. Deshalb wurde er ohne Diskussion abgeschafft.

Hintergrund ist die durch den Zweiten Weltkrieg ermöglichte Etablierung eines kommunistischen Regimes in Ostdeutschland, das der Mehrheit von außen unter Mitwirkung einer Minderheit mit Machtmitteln aufgezwungen wurde. In der Geschichte hat es kaum eine Bewegung gegeben, die der des 17. Juni 1953 vergleichbar wäre: eine Million Menschen nahmen ohne klare Führung ihr Schicksal in die eigenen Hände, um die Arbeits- und Lebensverhältnisse zu verändern, doch auch Staatsbürgerrechte und freie Wahlen durchzusetzen, die Regierung zu stürzen und Rechtsstaatlichkeit wiederherzustellen, was eben auch auf die Überwindung der Teilung hinauslief. Trotz gewisser Ambivalenzen sind die demokratischen Zielsetzungen dieser Streik- und Demonstrationsbewegung, in der sich in den meisten Städten Menschen auf zentralen Plätzen versammelten und Gefangene aus den Gefängnissen zu befreien versuchten, eindeutig dominant. Zweifellos waren die Formen – Arbeitsniederlegungen und Wahl von Streikkomitees – in erheblichem Maße von der Arbeiterbewegung geprägt. Die Arbeiter bildeten die weitaus größte Gruppe der Bewegung und stellten nach der Niederschlagung zwei Drittel der Inhaftierten; andere Schichten hatten sich den Arbeitern angeschlossen. Selbst der ländliche Raum war am 17. Juni 1953 und in der Folgezeit in Aufruhr. Keine Frage, ein erinnerungswürdiges Ereignis.

Der Aufstand, der durch sowjetische Truppen und Einheiten der Volkspolizei blutig niedergeschlagen wurde, war im Grunde eine abgebrochene Revolution, getragen von einer Bewegung, die wir den Freiheits- und Widerstandsbewegungen der deutschen Geschichte zuordnen können. Zugleich stand sie am Anfang der Bewegungen im kommunistischen Herrschaftsbereich, die in den Folgejahren – 1956 in Ungarn und Polen, 1968 in der Tschechoslowakei – die kommunistische Diktatur in Osteuropa überwinden wollten. Dieses Bemühen erhielt erst eine realistische Chance, als durch die deutsche Ostpolitik und den KSZE-Prozess in Europa Feindbilder abgebaut wurden und sich die Verhältnisse in der Sowjetunion unter Gorbatschow zu verändern begannen.

VII.

Auch die 1989 zur Friedlichen Revolution in der DDR führende Bewegung, die durch oppositionelle Gruppen seit den 1980er-Jahren vorbereitet worden war und sich im Herbst 1989 zu einer Volksbewegung ausweitete, ist in diesem Zusammenhang zu nennen. Trotz des mächtigen Polizei- und Staatssicherheitsapparates nahmen auch hier zahlreiche Menschen ihre Gesicke in die Hand, verloren die Angst und bilde-

ten 1989 eine Bürgerbewegung, die sich für Frieden, Umweltschutz und vor allem für Bürgerrechte einsetzte. Mit der Gründung politischer Gruppen, wie dem Neuen Forum und dem Demokratischen Aufbruch, vor allem auch der Sozialdemokratischen Partei, die ein Teil der Bürgerbewegung war und doch über sie hinausging, war für die SED die Machtfrage gestellt, die sie ohne Unterstützung aus Moskau nicht mehr mit Gewalt zu ihren Gunsten entscheiden wollte und konnte. Erstaunlich war die Resonanz, die die Bürgerbewegung in den Massen fand. Sie riss große Teile der DDR-Bevölkerung, selbst Teile der SED, mit.

Eine wesentliche Etappe der Entwicklung war die Öffnung der Mauer am 9. November 1989, die so vom Regime nicht beabsichtigt, realiter aber das Ergebnis der Konstellation war, in der das SED-Regime glaubte, sich nur durch weitgehende Reiseerleichterungen behaupten zu können. Wolfgang Thierses Formulierung, dass die Mauer vom Osten her aufgedrückt worden sei, trifft den Kern des Geschehens. In der Folgezeit wurde aus dem Ruf „Wir sind das Volk“ die Forderung „Wir sind ein Volk“. Die Freiheitsbewegung wurde – wie am 17. Juni 1953 – auch zur Einheitsbewegung.

In der Erinnerung mancher Zeitgenossen sind die Erlebnisse und Erfahrungen des Herbstes 1989, in dem viele Menschen voller Hoffnung waren, durch die Entwicklungen der Folgezeit, auch durch Enttäuschungen überlagert worden, was die Erinnerung verblassen ließ. Doch keine Frage: Die Ereignisse 1989/90, gerade auch die Volksbewegung in der DDR, gehören zu den herausragenden Traditionskomplexen des vereinigten Deutschlands. Dies könnte auf die Dauer auch in Geschichtsbewusstsein und Erinnerungskultur seinen Ausdruck finden.

*

Die Demokratie der Gegenwart ist nicht vom Himmel gefallen. Auch in Deutschland haben sich Menschen für ihre Durchsetzung und Verteidigung eingesetzt, haben mit Leib und Leben dafür eingestanden. Ungeachtet einer in vieler Hinsicht nicht gerade glücklichen Geschichte mit vielfältigen Widersprüchen und Ambivalenzen, auch der nachwirkenden einzigartigen Last der verbrecherischen Politik des Nationalsozialismus, insbesondere des Holocaust, die in unserem kollektiven Gedächtnis eine Rolle spielen und es ausgesprochen spannungsreich machen, verfügt die gegenwärtige Demokratie über beachtliche Traditionen. Diese lassen die deutsche Geschichte als Teil der europäischen Geschichte erscheinen, was bewusst zu machen ist. Die Beschäftigung mit dieser Geschichte erinnert daran, dass die Demokratie immer wieder neu durchgesetzt werden muss.

Gewiss gibt es heute weniger erklärte Feinde der Demokratie als früher – allerdings lassen sie sich durchaus finden. Keine Frage, dass ihnen entschieden entgegenzutreten ist. Daneben sind Tendenzen erkennbar, die die Demokratie aushöhlen, indem sie diese rücksichtslos zur Durchsetzung ihrer Interessen zu nutzen versuchen. Bei der Kritik an den gegebenen Verhältnissen ist zudem fraglich, ob es wirklich um eine Weiterentwicklung der Demokratie geht, wenn populistische Forderungen nach „wahrer Demokratie“ erhoben werden. Es steht allerdings außer Zweifel, dass Demokratie sich in komplexen historischen Prozessen herausgebildet hat und dass Formen der Partizipation, das Verhältnis von Mehrheitswillen und Minderheitenschutz, die sozialen Voraussetzungen von Demokratie und viele Dinge mehr immer wieder neu zu bestimmen sind. Geschichte und Gegenwart der Demokratie sind deshalb wesentliche Aufgabenfelder der Erinnerungsarbeit unseres zivilgesellschaftlichen Vereins.

Prof. Dr. Bernd Faulenbach lehrt Geschichtswissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum und ist Vorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.

Dieser Beitrag dokumentiert eine für den Abdruck durchgesehene Rede Faulenbachs, die er im Rahmen der Tagung Erinnerungsorte der Demokratiegeschichte am 19. Oktober 2013 in Halle an der Saale hielt.

WEIMARER
DEMOKRATIE
REPUBLIK

ANKNÜPFUNGSPUNKTE FÜR DIE DEMOKRATIE- GESCHICHTE: DAS BEISPIEL WEIMARER REPUBLIK

JOHANNES TUCHEL

Wir stehen hier vor der Aufgabe, die eher abstrakte Ebene des Themas „Demokratie“ mit der praktischen Ebene der historisch-politischen Erwachsenenbildung zu verbinden. Zwei Vorbemerkungen dazu:

Erstens: Wir Deutschen haben offenbar Probleme, uns an unsere Freiheitsbewegungen zu erinnern und diese für die heutige demokratische Kultur nutzbar zu machen. Der Münchner Geschichtsdidaktiker Professor Michele Barricelli sagte, dass es nur ab und zu „Inseln der Demokratie“ seien, die in unserem Geschichtsnarrativ wie in einem großen Meer der Politikdarstellung erscheinen. Aber wie erinnern wir an diese Freiheitsbewegungen? Nicht immer überzeugend, wenn Sie sich etwa den Umgang mit dem Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 ansehen. Hier gab es zwar einen Feiertag, aber dieser wurde ohne große Debatte nach der deutschen Einheit durch das eher administrativ-sterile Datum des 3. Oktober als nationaler Feiertag abgelöst. Trotz einer zentralen Kranzniederlegung jedes Jahr ist – etwa auf der lokalen oder regionalen Ebene – der 17. Juni ein fast vergessenes Datum, das immer weiter in Vergessenheit gerät.

Stattdessen gibt es Planungen, aber keinen gesellschaftlichen Diskurs über das Einheitsdenkmal, die „Einheitswippe“ vor dem Berliner Schloss. Ist das eine Herzensangelegenheit, die wir mit Demokratiegeschichte in Verbindung bringen? Oder hat dieses Denkmal an diesem Ort gar nichts, das wir mit der deutschen Einheit in Verbindung bringen? Wird hier nicht etwas Steriles geschaffen, das an dieser Stelle sowohl architektonisch als auch historisch überhaupt nichts zu suchen hat? Warum akzeptieren wir nicht, dass wir mit dem Brandenburger Tor ein Symbol von Einheit und Freiheit haben, das durch andere Lösungen weder ersetzt noch ergänzt werden kann?

Zweitens: Wie gehen wir mit unseren demokratischen Traditionen um? Wie feiern wir, dass es mit dem Grundgesetz seit 1949 die freiheitlichste deutsche Verfassung gibt, die wir je hatten? Die Franzosen erinnern jedes Jahr an den 14. Juli, die Vereinigten Staaten feiern in aller Fröhlichkeit den 4. Juli. Wann hatten wir das letzte Straßenfest an einem 23. Mai? Ja, wir haben Probleme, mit unseren freiheitlichen und republikanischen Traditionen umzugehen und sie angemessen zu würdigen.

Damit bin ich beim Thema, der Erinnerung an die demokratischen Traditionen der Weimarer Republik. Von Professor Bernd Faulenbach stammt das Zitat: „Weimar war keine Münsterländer Pappelallee, die direkt auf den Nationalsozialismus zulief.“ Dieses starke Bild macht deutlich, dass wir Deutschen nach den Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus die Weimarer Republik in den vergangenen Jahrzehnten viel zu sehr vom Ende her reflektiert haben. Doch es gab, und das hat bereits Karl Dietrich Bracher in den 1950er-Jahren herausgearbeitet, durchaus starke positive Anknüpfungspunkte in der Geschichte der Weimarer Republik. Damit meine ich nicht jene verklärte Apologie der „goldenen“ 1920er-Jahre mit Berlin als strahlender Kulturmetropole. Mir stellt sich die Frage, wie die positiven Elemente der Weimarer Demokratie hervorgehoben werden können und welche theoretischen und praktischen Anknüpfungspunkte wir dafür auch in der regionalen und lokalen Erinnerungskultur finden können.

Wir können an der Weimarer Verfassung vom August 1919 mit ihrem umfangreichen Grundrecht katalog anknüpfen. Sie war die freiheitlichste Verfassung, die es bis dahin in Deutschland je gegeben hatte. Wie können wir die Erinnerung daran in dem jeweiligen regionalen, stadträumlichen oder lokalen Zusammenhang nun wiederbeleben? Erst einmal, indem wir nach den Trägerinnen und Trägern der Demokratieentwicklung in diesen Zusammenhängen fragen. Wer waren eigentlich die ersten demokratisch gewählten Bürgermeister? Wer waren diejenigen, die sich auch für eine wirtschaftliche und soziale Demokratie eingesetzt haben? Hier können wir ganz konkret nach Menschen suchen, ihre Geschichten recherchieren und durchaus in partizipativen Projekten Grundlagenforschung im Heimatarchiv, im Stadtarchiv, im jeweiligen Landesarchiv betreiben. Hier liegen noch viele ungehobene Schätze. Dass wir vielfach eine schlechte Literatur- und Quellenlage haben, hängt auch damit zusammen, dass wir uns nicht ausreichend für unsere demokratischen Traditionen interessiert haben. Das gilt für alle Bereiche. Das gilt für alle politischen Parteien, das galt auch lange Jahrzehnte für die Gewerkschaftsgeschichtsschreibung.

Mit der Weimarer Verfassung gab es in Deutschland auch erstmals das Wahlrecht für Frauen. Auch hier können wir auf regionaler oder lokaler Ebene nach jenen Frauen forschen, die zum ersten Mal in die kommunalen oder Länderparlamente gewählt wurden. Hinter jeder von ihnen steht eine spannende Geschichte, die es zu recherchieren und zu erzählen lohnt.

Komplizierter zu vermitteln ist eine weitere Fragestellung aus der Weimarer Geschichte. Beispielsweise sind im Bundespräsident Theodor Heuss Haus in Stuttgart

die Debatten um Nationalhymne und Nationalflagge Ende der 1940er bis Anfang der 1950er immer noch wichtige Anknüpfungspunkte in der historisch-politischen Bildungsarbeit. Doch können wir dieses Thema auch in der historischen Epoche der Weimarer Republik ansprechen? Können wir die Virulenz und Bedeutung des Flaggenstreits in der Weimarer Republik, die Auseinandersetzung zwischen demokratischem Schwarz-Rot-Gold und vordemokratischem Schwarz-Weiß-Rot heute noch deutlich machen? Wenn sich lokale und regionale Anknüpfungspunkte ergeben, dann ist dies durchaus möglich. Wir haben im April 2017 hier in Berlin eine Erinnerungsfeier für den ersten von Rechtsradikalen in Berlin-Schöneberg ermordeten Reichsbannermann Erich Schulz veranstaltet. Er war vorher von den Rechtsradikalen mit dem Wort „Mostrich“ provoziert worden. Dieser „Senf“-Vorwurf bezog sich auf das Gold der schwarz-rot-goldenen demokratischen Fahne. Der Einsatz für das demokratische Symbol endete für den Erich Schulz tödlich. Hier kann exemplarisch der Einsatz für demokratische Symbole erläutert werden.

Dies markiert auch den Übergang zu den ereignisgeschichtlichen regionalen und lokalen Anknüpfungspunkten. Wie sind hier die Verwerfungen der Weimarer Republik, die politischen Unruhen und die demokratischen Reaktionen darauf wahrgenommen worden? Wie ist vor Ort auf die wesentlichen Ereignisse reagiert worden: auf den Kapp-Putsch 1920, auf das Erzberger-Attentat 1921, auf das Rathenau-Attentat 1922 oder auf den Hitler-Putsch 1923? Welche Reaktionen gab es? Und vor allem: Wer in unserem jeweiligen lokalen oder regionalen Kontext reagierte? Dies alles können Hinweise auf demokratische Entwicklungen sein.

Und ebenso, wie wir für die erste Phase der Geschichte der Weimarer Republik fragen können, wer die Trägerinnen und Träger der demokratischen Entwicklung waren und welche Ereignisse sich als Indikatoren für die Demokratiegeschichte anbieten, so können wir für die zweite Phase der Weimarer Republik fragen, wer die Republik verteidigte und wie dies geschah?

Hier ist die größte Republikenschutzorganisation zu nennen, das heute fast unbekanntes „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“. Dieser Verband wurde 1924 in Magdeburg von ehemaligen Frontkämpfern des Ersten Weltkrieges gegründet, die sich für die Entwicklung und Festigung der Demokratie in Deutschland einsetzten. Das Reichsbanner hatte nach einer Eigendarstellung schon bald drei Millionen Mitglieder. Und selbst wenn diese Zahl etwas geschönt sein sollte: Vergleichen Sie diese einmal mit den Mitgliederzahlen politischer Organisationen von heute. Die großen Volksparteien wären sehr stolz, wenn sie einmal wieder mehr als eine Million Mitglieder hätten.

Die Geschichte des Reichsbanners zeigt uns, dass es in Deutschland Menschen gab, die die Front- und Gewalterfahrung des Ersten Weltkrieges dazu brachte, sich für Rechtsstaat und Demokratie einzusetzen. Sie wollten sich für die Demokratie einsetzen, gegen den rechtsradikalen Stahlhelm und gegen die gewalttätig auftretenden Nationalsozialisten. Sie setzten darauf, Gewalt auf der Straße und in den Versammlungen allein durch ihre große Zahl eingrenzen zu können. Und sie setzten darauf, ein demokratisches Bewusstsein in Deutschland zu schaffen. Dieses Phänomen kann auch auf regionaler und lokaler Ebene untersucht werden. Wie wurden in den damaligen Zeitungen die Verfassungsfeiern, die Feiern zur Erinnerung an Erzberger und Rathenau, der Kampf gegen den Nationalsozialismus wahrgenommen? Wer aus der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften, aus der Deutschen Demokratischen Partei und aus der katholisch geprägten Zentrumsparterie engagierte sich im Reichsbanner? Wie arbeiteten diese Menschen lokal und regional zusammen? Also immer ganz konkret die Frage: Wie wurde hier bei uns die Weimarer Demokratie verteidigt? Dies zeigt, dass der Aufbau und die Verteidigung der Weimarer Demokratie zwei zentrale Anknüpfungspunkte für die Vermittlung von Demokratieggeschichte sein können: Es tun sich Menschen zusammen und sie wollen sich für die Demokratie engagieren. Ich denke, ein schöneres Beispiel der Demokratieggeschichte kann es nicht geben. Und wenn sich das vor Ort noch rekonstruieren lässt, können sich sehr konkrete Geschichten ergeben.

Noch einmal: Weimar, vom Ende her gedacht, ist politisch gescheitert. Das bedeutet aber nicht, dass wir jene Menschen nicht würdigen sollten, die sich für die Demokratie eingesetzt haben und uns heute als Beispiel und als Anknüpfungspunkt dienen können. Denn die Zerstörung und das Scheitern der Weimarer Republik sollten uns unseren Blick auf diese positiven Traditionselemente nicht verschleiern.

Dazu gehören auch die durch demokratische Entwicklungen begünstigten sozialen und ästhetischen Fortschritte der Weimarer Zeit. Fragen wir also konkret: Wo ist vor Ort etwas aus demokratischem und fortschrittlichem Denken in Kultur und Architektur in der Weimarer Republik entstanden? Welche Gebäude oder Siedlungen in unserer Stadt, in unserem Ort entstanden in dieser Zeit? Bietet ihr Entstehungszusammenhang neue Blicke auf positive Entwicklungen der Weimarer Epoche?

Das sind nur einige der Anknüpfungspunkte, die wir heute haben. Wir können auf allen Ebenen nach politischen Entwicklungen und nach biografischen Beispielen fragen. Wir können und müssen zeigen, welche Bedeutung die Demokratie für die Menschen im Deutschland der Weimarer Republik besaß, welche Hoffnungen sie in

die Demokratie setzten und wie sie diese verteidigten.

Unser Problem: Für uns heute ist Demokratie viel zu selbstverständlich, als dass wir meinen, an ihre Vorgeschichte – und dazu gehört die Weimarer Republik – und ihre Traditionen erinnern zu müssen. Wir gehen oftmals viel zu leichtfertig mit unserer freiheitlichen Geschichte um. Dass Demokratie etwas ist, das in Deutschland seit dem frühen 19. Jahrhundert hart erarbeitet werden musste, dass diese Demokratie gegen reaktionäre Traditionen, gegen undemokratische Milieus, gegen autoritäre Traditionen des Wilhelminismus entwickelt werden musste – dies ist viel zu wenig in unserem Bewusstsein verankert.

Erarbeiten wir uns dies also in einer unterschiedlichen Perspektivität, auf der staatlichen und Grundrechtsebene, auf der Symbolebene, auf der regionalen oder lokalen Ebene, auf der biografischen Ebene – überall. Fragen wir nach den Menschen, die die Weimarer Republik aufgebaut und verteidigt haben. Im Prinzip ist die Weimarer Republik ein hervorragender Ausgangspunkt für alle möglichen Projekte, die sich mit Demokratiegeschichte beschäftigen. Konzentrieren Sie sich auf das, was für Ihre Region, für Ihre Stadt, für Ihren Kiez wichtig ist. Weniger ist mehr, und das Konkrete ist in der Vermittlung immer besser als das Abstrakte.

Eine Erfolgsgeschichte der Weimarer Republik gibt es leider nicht, aber es gibt positive Anknüpfungspunkte für unsere Demokratiegeschichte. Nutzen wir die Vielfalt der Möglichkeiten, nutzen wir herkömmliche Formen der historisch-politischen Bildungsarbeit ebenso wie die neuen Medien. Zeigen wir, dass es immer die Menschen sind, die für Demokratie und Staat verantwortlich sind und waren – und dies nicht nur heute.

Prof. Dr. Johannes Tuchel ist Leiter der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin und lehrt am Fachbereich für Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin. Er ist Vorstandsmitglied von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.



DEMOKRATIEGESCHICHTE ALS LERNGESCHICHTE. ZU EINEM VERNACHLÄSSIGTEN ZWEIG DER HISTORISCH-POLITISCHEN BILDUNG

MICHELE BARRICELLI

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit, auch heute nicht, selbst nicht in den modernen westlichen Industriestaaten. Extremistische und nationalistische Weltanschauungen stellen sie infrage; immer wieder höhnen demokratisch gewählte Regierungsverantwortliche mit einem Hang zu autoritärer Herrschaft sie aus; zugleich zeigen gewisse Teile der Bevölkerung in funktionierenden Demokratien, was die Teilnahme an Wahlen und Willensbildung betrifft, bereits Ermüdungserscheinungen. Wie sich offenbart, benötigt Demokratie gerade so viel Beachtung und Hinsicht wie etwa kluge Wirtschaftsordnungen, globale Migrationsströme oder das Erdklima. Im Gegensatz zu diesen aber gibt es keine UNO-Unterorganisation oder sonstige supranationale Einheit, die ausdrücklich im Namen der Demokratie große Konferenzen veranstalten würde. Nicht einmal in der Abschlusserklärung („Leaders' Declaration“) des Hamburger G20-Gipfels vom 7./8. Juli 2017 kommt das Wort (weder als Substantiv noch als Adjektiv) vor. Dabei kann es eigentlich nichts Relevanteres geben als die Beschäftigung mit und die Entwicklung von Demokratie, denn viele transnationale Herausforderungen hängen mit ihr zusammen: Armut und Reichtum, Bildung, Gesundheit, Krieg und Frieden. Zwar ist, was sich historisch nachweisen ließe, die demokratische Regierungsform keine Garantie für eine gerechte Einkommensverteilung, für gesellschaftliche Aufstiegsmöglichkeiten oder die Friedfertigkeit eines Staates, auch ein leistungsfähiges Schulsystem oder gute medizinische Versorgung hat es schon in Diktaturen gegeben. Aber nur in der Demokratie findet regelmäßig eine Debatte um Sinn und Ausgestaltung sozialer Ordnung statt, können Defizite, fehlende Zugänge, Abhängigkeiten offen benannt werden, kann sozialer Fortschritt durch Alle (nicht nur für Viele oder gar nur Wenige) organisiert werden.

In den Bildungssystemen vieler Staaten der Erde immerhin ist der demokratisch denkende und handelnde Mensch als Erziehungsziel verankert. Damit wird die Ausbildung demokratischer Staatsbürgerinnen und -bürger nicht einfach Erfahrung, Erlebnis oder Neigung überlassen, sondern man vertraut diese Aufgabe Instanzen an, die über die politischen Institutionen in einer Demokratie informieren, über Rechtsstaat, Gewaltenteilung, Leitwerte – insgesamt also die normativ-programmatische Dimension – aufklären und für dies alles werben sollen. Die allgemein- und berufsbildende Schule sowie

die Erwachsenenbildung besitzen in der Demokratiebildung eine Querschnittsaufgabe. Mit einem spezifischen Lehrauftrag sind wiederum Fächer versehen, die allerdings von Land zu Land jeweils eigene Zuschnitte und Namen haben (die Inhalte von *civic education*, *education civique* und politische Bildung sind gewiss nicht deckungsgleich). Zudem erweisen sich manche eingeführten deutschen Begriffe wie „Demokratiebewusstsein“ oder „Demokratielernen“ als nur schwer in andere Wissenschaftssprachen übersetzbar. Auch bleiben Methoden oder Inhalte der jeweiligen Unterweisung in den Ländern verschieden, was politische, kulturelle und historische Gründe hat. Die politische Bildung – zumal in Deutschland, wo sie seit den 1920er-Jahren systematisch betrieben wird – hat dabei immer wieder und bis zuletzt spürbare qualitative Veränderungen durchlaufen. Im Verein mit anderen gegenwartsorientierten gesellschaftswissenschaftlichen Fächern wie Sozialkunde, Ethik oder sogar Religion werden heute nicht mehr nur musterhafte oder mustergültige Formen von Demokratie im Großen *top down* nachvollziehbar gemacht (z. B. Wahlrechte, Beteiligungsformen, Institutionen), sondern neuerdings setzen Politikdidaktiker vermehrt auf die Erfahrbarkeit demokratischen Handelns in kleineren Systemen (siehe z. B. das didaktische Konzept der „Dorfgründung“ bei Andreas Petrik). Die dynamische Entwicklung geht hier zu den Aktivitäten der Lernenden hin, welche die Reflexion aus eigenem (simulierten) Involviertsein heraus fördern sollen. Dies entspricht einer bevorzugt gegenwarts- oder lebensweltorientierten Perspektive des Lernens. Die mindestens ebenso bedeutungsvolle, weil sinnstiftende historische Dimension tritt dabei allerdings ein wenig in den Hintergrund: Leider wird Demokratie noch viel zu selten, das gilt zumindest für Deutschland, durch das Erzählen von Geschichten gelehrt. Warum ist das so?

Herausforderungen einer zum Lernen anregenden Erinnerung an Demokratie in Deutschland

In der Pädagogik besteht seit Langem eine im Grundsatz sehr simple Vorstellung davon, wie Menschen lernen: am Vorbild oder am Modell. Demokratieerziehung nicht nur in der Schule müsste sich demnach außer an erprobten Theorien des demokratischen Zusammenlebens (Modell) ebenso sehr an gelebten Beispielen von Demokratie (Menschen, Ereignissen, Ordnungen) ausrichten. Dem Fach Geschichte obliegt also die Beschäftigung mit demokratischen Leitbildern bzw. die Beschäftigung mit dem, was Menschen zu verschiedenen Zeiten unter Demokratie verstanden haben. Vor allem aber obliegt ihm die Erzählung davon, wie bestimmte Menschen Demokratie aktiv durchsetzten und demokratische Gemeinwesen gründeten, diese ausbauten, stets modernisierten und gegen Gefährdungen verteidigten. Weshalb aber bleibt die historische Bildung gerade in Deutschland hinter diesem Anspruch zurück?

Wahrscheinlich sind die Gründe dafür selbst wieder historischer Natur.

Die Katastrophen- und Verbrechen Geschichte des nationalsozialistischen Deutschland bildet seit einigen Jahrzehnten den thematischen Kern des Geschichtsunterrichts, beansprucht erhebliche Anteile der Unterrichtszeit, prägt darüber hinaus den kategorialen Umgang mit Geschichte überhaupt (z. B. indem fachdidaktische Prinzipien wie Urteilsbildung, Problemorientierung und Lebensweltbezug an Themen der NS-Geschichte geschärft werden). Das soll keinesfalls kritisiert werden. Die Einführung in und die reflektierte Teilnahme an Erinnerungs- und Gedenkkultur sind hierzulande wesentliche Ziele schulischer und außerschulischer Bildung. Zu fragen ist jedoch, wie die Auseinandersetzung mit den Phänomenen Unrecht, Diskriminierung, Entrechtung, Massengewalt – also dem genauen Gegenteil von Demokratie – das wichtige Lernziel der Demokratieerziehung unterstützen soll und kann. Pädagoginnen und Pädagogen an Gedenkstätten für die Opfer der NS-Herrschaft zweifeln immer häufiger, ob dieses „Lernen am negativen Vorbild“, das ihnen bis hin zur Menschenrechtsbildung jetzt regelmäßig aufgebürdet wird, an diesem Ort tatsächlich sinnvoll geleistet werden kann. Denn es gilt doch beides: Erstens ist ein empirischer Zusammenhang zwischen dem Erinnern des Bösen und dem (erhofften) Tun des Guten gar nicht herstellbar, er wurde noch nie belegt. Menschen lassen sich nicht einfach durch Verweis auf geschehenes Unrecht von neuem Unrecht abbringen. Zweitens muss man keineswegs den Holocaust studiert haben, um einzusehen, dass man seinem Nachbarn nicht das Haus anzündet und den Schädel einschlägt. Das millionenfache, längst noch nicht genügend aufgearbeitete und erinnerte Leid von Verfolgung, Entrechtung und Ermordung in NS-Deutschland und NS-Europa sollte nicht für moralische Lektionen in der Gegenwart instrumentalisiert werden. Das bleibende Gedenken – sowie das Eingeständnis von Schuld und die Übernahme von Verantwortung – sind wir den Opfern schuldig. Historische Orientierung im Sinne einer freiheitlichen, demokratischen Gestaltung unserer Welt hingegen sollten wir zusätzlich und womöglich besser am positiven Erleben von Demokratie in der Geschichte suchen.

Für eine Lerngeschichte wäre freilich Voraussetzung, dass Deutschland eine nennenswerte Demokratiegeschichte hätte. Dies wird bekanntermaßen sehr unterschiedlich gesehen, doch es wäre absurd, der deutschen Geschichte demokratische Traditionen gänzlich abzuspochen. Bereits Bundespräsident Gustav Heinemann war sich des Mangels an Forschung zur deutschen Demokratiegeschichte bewusst. In seiner Rede zur Eröffnung der „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“ in Rastatt am 26. Juni 1974 sagte er, dass er wünsche, „bestimmte Be-

wegungen in unserer Geschichte, die unsere heutige Demokratie vorbereitet haben, aus der Verdrängung hervorzuholen und [...] bewusst zu machen, dass unsere heutige Verfassung durchaus eigenständige Wurzeln hat und nicht nur eine Auflage der Sieger von 1945 ist.“ Sehr viel ist an dieser Einschätzung nicht zu ändern. Deswegen ist bemerkenswert, wie wenig die Geschichtswissenschaft zumindest in Deutschland das erzählerische Potenzial von Demokratie über lange Jahre genutzt hat. Wahlrecht, Partizipation, Emanzipation, Mobilisierung gehören jedenfalls höchstens in beschränktem Umfang zu ihren regelmäßig beachteten Forschungsfeldern, zumal was das bürger- und zivilgesellschaftliche Engagement auf den unteren Ebenen, beispielsweise in den Kommunen betrifft. Dabei ist Demokratie etwas eminent Historisches, nichts Ursprüngliches, das menschlichen Gemeinschaften oder Gesellschaften immer schon zu eigen gewesen wäre. Vielmehr ist sie das Ergebnis von politischer Entwicklung, Produkt von Lernen und Bewusstseinsbildung, Ergebnis von Aushandlung und Vereinbarung – also darstellbar nur in Form einer Erzählung. Dieses immer Neue, Ungesicherte, sich Wandelnde sorgt dafür, dass die über die Demokratie zu erzählenden Geschichten sogar besonders spannend sind. Denn darin geht es nicht nur um die Etablierung der einen oder anderen neuen Herrschaft oder Regierungsform, wie wir das aus der Chronologie, gerade des Geschichtsunterrichts, zur Genüge kennen. Es geht nicht um das abstumpfende Erzählen davon, wie eine Diktatur auf die nächste folgt, eine Entrechtung die nächste ablöst, das Elend einfach nicht weichen will. Sondern mit der Erinnerung an Demokratie verbinden wir immer schon die Verteilung der Werte von Gut und Böse. Im Empfinden der Demokraten sind das „Böse“ in der Regel die seit jeher wirkenden Bedingungen und Kontexte, in denen sich das „Gute“ erst bemerkbar macht, dann entfaltet und schließlich das Überkommene ganz beiseiteschiebt. Als Philipp Scheidemann am 9. November 1918 die erste gesamtdeutsche Republik von einem Fenster des Berlin Reichstags aus proklamierte, verkündete er diesen Gedanken in klarster Form: „Das Alte und Morsche, die Monarchie, ist zusammengebrochen. Es lebe das Neue; es lebe die deutsche Republik!“. Demokratiegeschichte ist daher Durchsetzungs- und Ablösungsgeschichte. Sie ist, bei aller Verhaftung in historischen und politischen Strukturen, unhintergebar auf handelnde Personen und Taten, weniger auf Wertungen und Deutungen angelegt. Das hat Auswirkungen auf die Themen demokratiegeschichtlicher Unterweisung, soll diese im Bildungskontext vielversprechend sein.

Themen demokratiegeschichtlicher Unterweisung

Demokratie ist als Längsschnitt – vom alten Griechenland über die Bill of Rights, die Aufklärung, die ersten Verfassungen im 18. Jahrhundert und die Säkularisierung bis hin zum modernen Parlamentarismus – im Geschichtsunterricht durchaus etabliert.

Aber erstens werden bei solchen diachronen Reihen oft Dinge in Beziehung gesetzt, die wenig miteinander zu tun haben, zweitens fördern Längsschnitte abstrakte, formale, jedenfalls wenig erlebnisreiche Betrachtungsweisen und drittens verdeckt Demokratiegeschichte als einmaliger, separierter Block, dass es doch *immer* in der Menschheitsgeschichte um die Herausbildung von Formen des Zusammenlebens ging, die wir heute mit dem Begriff Demokratie verbinden. Thematisch genauer wird es zwar in der Neuzeit, aber hier bleiben die Schwerpunkte, die etwa „Von der Massen- zur repräsentativen Demokratie“, „Herausbildung der Parteien“, „Ordnungspolitische Systeme“, „Reformzyklen“ heißen – meist anschauungsarm und analytisch. So wichtig solche Fragen sind, können sie kaum große Lernmotivation wecken; sie lassen buchstäblich kalt. Und im Hintergrund lauert, wie angedeutet, stets das geschichtliche Versagen der Demokratie in Deutschland in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, so dass sich die Frage aufdrängt, ob sich die Auseinandersetzung mit den vorangegangenen offenbaren Fehlformen überhaupt lohnt. Von emotionaler Ansprache, gar Enthusiasmus für demokratische Landgewinne kann damit gar keine Rede sein.

Nun benötigt man nicht unbedingt den kindlichen Stolz etwa der US-Amerikaner auf ihre demokratische Erstgeburt, der dort in Schule, offizieller und kommunikativer Erinnerungskultur kontinuierlich inszeniert wird, aber sachlich oft unbegründet ist. Trotzdem sollten die weltweiten demokratischen Entwicklungsschritte deutlicher in den Blick geraten: die demokratischen Aufbrüche der späteren 1860er-Jahre in weiten Teilen Europas und in den USA; die (übrigens eng mit der Frauenrechtsbewegung verbundenen) Friedensbewegungen vor dem und im Ersten Weltkrieg; die frühen deutschen Sozialversicherungssysteme (von denen, obwohl sie von der „gegnerischen“ Seite kamen, die Sozialdemokratie profitierte, indem sie sich um die Gewährleistung der auf dem Papier verbrieften Ansprüche herum organisieren konnte); später die vollen Umfänge der sozialen Öffnungen und Liberalisierungen seit den 1960er-Jahren. Vieles, was in diesen globalen Entwicklungen Deutschland betrifft, erscheint dabei merkwürdig unzureichend erforscht: Man ist sich nicht einmal einig darüber, wann die Wahlrechtsmodernisierung auf deutschem Boden so recht begann, nachdem man 1849 noch auf Demokraten hatte schießen lassen. Nur langsam setzt sich die Ansicht durch, dass bereits die Verfassung des Norddeutschen Bundes von 1867 eine bedeutende Wegmarke darstellte. Sie war damals in Europa tatsächlich fortschrittlich, mit dem allgemeinen Männerwahlrecht und einem hinsichtlich des Budgetrechts potenten Parlament. Möglicherweise hatte Bismarck dafür zum Vergleich auf das autokratische System in Frankreich unter Napoléon III. geschaut, von dessen „Kulturlosigkeit“ man sich unbedingt abheben wollte. 1867

ist aber auch das Jahr der Reconstruction Acts in den USA, wo die Gleichstellung von Weißen und Schwarzen, zumal durch das Wahlrecht, von den Republikanern in Washington erzwungen werden sollte (was freilich noch ein weiter, hürdenreicher Weg war). 1867 ist jetzt gerade 150 Jahre her. Hat das in Deutschland irgendeine erinnerungskulturelle Würdigung ausgelöst, eine Stärkung demokratischer Bewusstseinsbildung durch historische Rückversicherung, eine Bildungsoffensive? Kaum. Stattdessen lassen wir uns von jeder populistischen Grille irritieren, starren voll Unsicherheit gebannt wie das Kaninchen auf die Schlange und beklagen Wahlmüdigkeit oder öde Wahlkämpfe.

Auf der anderen Seite sind „undemokratische Strukturen“, in die hinein Demokratie implementiert werden soll, nicht immer nur objektiv erkennbare Tatbestände, sondern entspringen oft genug nur ideologisch verzerrten Wahrnehmungen, die zu identitätsbegrenzenden kulturellen Exklusionen führen. Bereits die französischen Aufklärer vermuteten das unabänderlich Despotische außer in den degenerierten europäischen Monarchien genauso bei den Völkern Asiens (Montesquieu etwa warnte, lange vor Kaiser Wilhelm II., dem Sinn nach vor der „Gelben Gefahr“). Ganz ähnlich verhält es sich mit den abschätzigen Bemerkungen des späteren Luther gegenüber den Orientalen, die zur Freiheit angeblich unfähig seien; und auch Kant oder Hegel sahen bei den Sklavenvölkern ihrer Zeit aufgrund einer angeblich wesenhaften minderwertigen Ausstattung eher keine Möglichkeit zur Ausbildung von Recht, Gesetz und Geistesgröße. Die westlichen Modernisierungstheorien des 20. Jahrhunderts, erdacht allesamt in bereits deutlich vorangeschritten demokratisch verfassten Gemeinwesen, konstruierten unentwegt idealtypische Gegensätze zwischen Finster und Hell, Ver- und Entzauberung, dem Entwickelten und Entwicklungs(hilfe)bedürftigen. Zu einer mit Feuer und Gewalt verbundenen „zivilisatorischen Mission“, wie sie für die Begründung und teilweise bis heute zur Rechtfertigung des Kolonialismus bemüht wurde bzw. wird, ist es dann nicht mehr weit. Eine gute Demokratiegeschichte als Lerngeschichte belehrt also nicht nur über die äußeren Widersacher, die üblen Despoten und Menschenschinder, sondern genauso über die Gefährdung, die von innen, vom demokratischen Denken selbst ausgeht. Zweifellos kennt Demokratie so etwas wie den unheilvollen, ganz und gar neuer Unfreiheit dienenden expansiven Drang, der wiederum nur durch kritisches historisches Erzählen zu Bewusstsein gebracht und damit eingeschränkt werden kann.

Demokratische Vorbilder

Es wurde bereits gesagt, dass Demokratiegeschichte vorzüglich über handelnde Menschen vermittelt werden kann. Da fügt es sich, dass wir heute nicht mehr so

sehr wie noch bis in die 1980er-Jahre hinein alles Personalisierende und Biografische aus dem Geschichtsunterricht und der historischen Bildung verbannen möchten. In Museen und Ausstellungen kommt man derweil ohne biografische Zugänge schon gar nicht mehr aus. Das heißt, wir können demokratische Vorbilder und Vorkämpferinnen aus Politik, Friedens- und Freiheitsbewegungen, Frauenrechtsgruppen und *queer movements* in den Mittelpunkt der Betrachtung stellen. Dabei hilft, dass wir, um glaubwürdig zu sein und Aufmerksamkeit zu erhalten, gar keine Tadellosigkeit benötigen, im Gegenteil: Demokratie lebt von den Widersprüchen in jenen, die sie durchzusetzen oder zu verteidigen suchen. Wie könnte es anders sein, geht es doch um eine Idee, die in der längsten Zeit der Menschheitsentwicklung mehr Feinde als Befürworter hatte! Wir wissen natürlich, dass zum Beispiel viele der Gründerväter der USA selbst noch Sklavenhalter waren, dass Adenauer nicht ausschließlich für die Festigung der Demokratie in der Bundesrepublik steht und ebenso Willy Brandt so manche Enttäuschung durch anti-demokratisch anmutende Fehlentscheidungen wie den sogenannten Radikalenerlass provozierte. Die Schattenseiten und Irrtümer, Willkür und schiere Dummheit sollen also in der Demokratiegeschichte miterzählt werden. Als einzige Herrschaftsform kann die Demokratie nämlich auf Heldengeschichten verzichten und funktioniert genau dadurch doppelt gut. Zu einer lohnenden Beschäftigung mit ihrer Biografie laden zum Beispiel folgende Persönlichkeiten ein, um nach eigenem Ermessen einige Wenige von den möglichen Vielen herauszugreifen: Amalie Struve (im Rahmen von Märzrevolution und Verfassungskampagne 1848/49 Revolutionärin aus eigenem Recht, verheiratet mit Gustav von Struve), Bertha von Suttner, Jan Bloch (1902 Gründer des weltweit ersten Friedensmuseums in Luzern), Marie Juchacz (1919 erste Frau in einem demokratisch gewählten deutschen Parlament), Ernst Friedrich (1923 Gründer des weltweit ersten Antikriegsmuseums in Berlin), Magnus Hirschfeld (Begründer einer modernen Sexualwissenschaft), Otto Wels, Georg Elser (allein handelnder Hitler-Attentäter 1939) oder „Rudi“ Dutschke.

Bedingungen einer erfolgreichen Vermittlung von Demokratiegeschichte

Eine demokratische Autorität, die erzählt

In der politischen Bildung ist völlig unbestritten, dass Schule die Erziehung ihrer Schülerinnen und Schüler zu demokratischen Staatsbürgern nur gewährleisten kann, wenn sie in ihren Grundzügen selbst demokratisch konstituiert ist. Das heißt, dass sie trotz aller notwendigen Hierarchien zwischen Lehrenden und Lernenden vereinbarte, auch einklagbare Rechte kennt, ihre Vorgänge (vor allem bei der Auswahl der Fachinhalte, der Bemessung von Leistungen und der Vergabe von Berechtigungen durch Abschlüsse) transparent macht und, wo immer möglich, die Partizipation

der Beschulten fördert. Die Lehrkräfte haben sich mit ihren politischen und weltanschaulichen Haltungen zurückzuhalten und jederzeit, sogar ausdrücklich und energisch, für die freiheitlich-demokratische Grundordnung des Staates einzutreten. Das betrifft selbstverständlich ebenso Geschichtsunterricht und Geschichtslehrkräfte wie in der Erweiterung alle Orte und Institutionen, wo historisch-politisches Lernen für Jugendliche und Erwachsene initiiert wird. Niemand hatte diese Grundvoraussetzung der demokratischen Glaubwürdigkeit nach 1945 besser erkannt als die US-amerikanischen Besatzungsbehörden in Deutschland, die im Rahmen ihrer Re-Education-Politik vehement neue Inhalte und Lehrmittel an den Allgemeinbildenden Schulen verlangten und dort Schülervertretungen einführten. Im Übrigen wollten sie vormachen, wie demokratisches Denken weniger gelehrt, schon gar nicht befohlen, sondern zu einem attraktiven Angebot umgestaltet werden kann. Das taten sie auch durch die Institute der Amerika-Häuser, die von Beginn an mehrsprachige Literatur, Tonträger, Comics bereithielten und häufig in lichten, offenen Architekturen untergebracht waren. Was selten diskutiert wird: Obwohl der unmittelbare Augenschein der zwölfjährigen zivilisatorischen Zerstörungswut damals eher das Gegenteil vermuten ließ, gestanden sie der sich formierenden Bundesrepublik von Beginn an zu, dass auch Deutschland demokratische Traditionen habe, an die es wieder anknüpfen könne. Es ging nicht nur darum zu zeigen: „So machen wir das in der Neuen Welt (besser)“, sondern die Botschaft war: „Bei euch gab es schon mal etwas, daran sollt ihr zurückdenken, um euch zu erneuern.“ Wahrscheinlich war die Existenz verschütteter demokratischer Urbestände überhaupt der Grund für die sagenhaft schnelle und im besten Sinn reibungslose Demokratisierung Westdeutschlands. Deutschland besaß eben bereits eine die Demokratie legitimierende Erzählung, die immerhin freizulegen war.

Das Problem der glaubhaften Autorität, die Demokratiegeschichte verfasst und weiterträgt, muss gerade außerhalb der Schule mit ihren Kontrollmechanismen immer neu gelöst werden. Gerade in der Geschichtskultur ist diese Forderung bis heute eher wenig zufriedenstellend erfüllt. Es gibt amtliche Gütesiegel für Arbeitssicherheit, Jugendschutz, gesundheitliche Zuträglichkeit von Lebensmitteln, aber ein Urteil darüber, ob ein historischer Roman oder Film, ein historisierendes PC-Spiel, ja sogar ein Denkmal oder eine Ausstellung demokratisches Denken – immerhin genauso ein Lebenselixier – befördern, ist im Regelfall den Rezipientinnen und Rezipienten überlassen. Natürlich hat es etwas Überzeugendes, die Erzählung von Freiheits- und Demokratiegeschichte von Biografien bekannter Demokraten ausgehen oder an authentischen Orten der Durchsetzung demokratischer Strukturen stattfinden zu lassen. Die jetzt sechs Politikergedenkstätten des Bundes sind sogar per Gesetz dazu

verpflichtet. Aber man sollte daneben die Auseinandersetzung um den demokratischen Charakter einer Institution, die Demokratiegeschichte erzählt, zum eigenen Bildungsmoment machen: Sind in einer Bundesbehörde beschäftigte, alimentierte Beamte wirklich unabhängig in der Diskussion sozialer Modelle des Zusammenlebens? Haben von Steuergeldern finanzierte politische Stiftungen nicht ein zu großes Eigeninteresse in der Bewirtschaftung gesellschaftlicher Ideen? Und kennen Universitätsprofessoren überhaupt noch die Lebensumstände der Menschen, für die sie Theorien demokratischer Prozesse entwerfen? Doch auch der Rückgriff auf Zeitzeugen ist kein Allheilmittel: Gerade im Zuge der medial durchaus dicht begleiteten Erinnerung anlässlich der runden Jahrestage der Studentenunruhen und sozialen Aufbrüche von 1967 und 1968 zeigt sich, wie deutlich in der Rückschau Alleinvertretungsansprüche für Demokratie und „Fortschritt“ reklamiert werden. Die demokratische Autorität, die sich aus dem Dabeigewesensein speisen könnte, wird zu oft im Sinne der Deutungshoheit missbraucht. Zudem geschieht dies auf häufig schwankendem Erinnerungsgrund: Vieles Berichtete scheint zu Formeln erstarrt, zeichnet nur ein trübes Bild und steht im Widerspruch zu konkurrierenden Erzählungen.

Ein Publikum, das hören will

Zu jeder mit Autorität erzählten Geschichte gehören aufmerksame Zuhörerinnen und Zuhörer. Es ist gewiss kein Zufall, dass in Deutschland mit der friedlichen Revolution von 1989 das Interesse eines größeren Publikums an Demokratiegeschichte (wieder) zunahm – denn man entdeckte, dass die Erinnerung an Demokratie untrennbar zu diesem Land gehört und sich zuweilen sogar in großen Aktionen Bahn bricht. Das Lauterwerden des Rufs nach historischem Lernen zur Demokratie fällt darüber hinaus nicht zufällig mit der Wiederkehr von Narrativität in der historischen Bildung zusammen. Wir alle verständigen uns so sehr über mannigfaltig erzählte Geschichten – mittels mündlicher Überlieferungen, Texten, Bildern und Filmen – und begreifen Leben immer mehr als Erzählveranstaltung, dass es nun auch hierzulande etwa Kino-Epen schaffen – wie in den USA schon lange –, Menschen für Demokratie zu interessieren und zu emotionalisieren. Zugleich haben jene alten Gesänge abgewirtschaftet, die uns für Hurra-Patriotismus, Opfergänge und generell Unterordnung empfänglich machen sollen. Sie finden einfach kein Gehör mehr. Herausgefordert werden die westlichen Demokratien freilich, wie zu Beginn angedeutet, durch werbende Botschaften beispielsweise von Populisten oder religiösen Fundamentalisten, die allesamt auch gut und überzeugend von den angeblich glänzenden alten Zeiten oder schon entrückten Zeitaltern erzählen können, in denen die Welt, anders als jetzt, geordnet und das Verhältnis zwischen ihr und den Göttern einvernehmlich geregelt gewesen sei. Von Demokratie wissen solche Narrative in keiner Weise etwas

zu sagen. Hier hilft es nur, wenn die demokratiehistorische Lerngeschichte besser wird, und das heißt ehrlicher, inklusiver, freier: Sie bekennt vor dem Hintergrund historischer Erfahrung, was realistischere erreicht werden kann, bezieht so viele Gruppen und Individuen in ihr Prosperitätsversprechen ein wie möglich und lässt die Wahl, sich mit dem Erzählten zu identifizieren oder nicht – oder zumindest zuzuhören.

Wilhelm Buschs Lehrer Lämpel wusste: „Und also lautet ein Beschluss, dass der Mensch was lernen muss [...] auch der Weisheit Lehren muss man mit Vergnügen hören.“ Ohne Frage leidet die Demokratiegeschichte in Deutschland an einem Mangel guter und das heißt vergnüglicher Geschichten. Es wird hierzulande eben nicht nur grundsätzlich wenig von Demokratie erzählt, sondern dazu eher nüchtern und geduckt, ohne jeden Emphaseüberschuss. Auf die Dauer erweist sich das als Nachteil, und zwar erstens, weil Heranwachsende und genauso migrantische Neubürgerinnen und Neubürger keine Erzählung vorfinden, mit der sie sich instinktiv – und eben nicht vornehmlich intellektuell – verbinden können. Und zweitens, weil demokratieüberdrüssige Autoritäre und Populisten aus dieser Nicht-Erzählung, da sie so wenig Anziehungskraft besitzt, sehr leicht und scheinbar ohne Schaden aussteigen können – denn da scheint ja nicht viel zu sein, bei dem es sich zu bleiben lohnt. Man stelle sich dagegen ein eingängiges Narrativ vor, das aus den schon mehrfach erwähnten Höhe- und Wendepunkten der (deutschen) Demokratiegeschichte dramatisch, mitreißend und doch nach menschlichen Maß zusammengesetzt ist, leicht erlernbar daherkommt und genügend Raum für subjektive Ko-Konstruktionen und Kritik lässt. Dabei darf die demokratiehistorische Lerngeschichte aus didaktischen Gründen zuspitzen und Partei ergreifen, das ist das Lernziel wert. Zu vertrauen ist ohnehin darauf, dass der mündige Staatsbürger, auch wenn er recht jung ist, jene nicht wie in einer Diktatur unbesehen glaubt und unbeirrt nacherzählt, sondern auf ihren Gehalt sowie demokratischen Inbegriff prüft. Das historisch grundierte Argument lautet dann stets: „Wir wollen heute etwas leben, das schon immer gültig war, das wir aber erst über die Zeiten als gut und richtig erkannt haben!“ – In autoritär regierten Staatswesen ist genau dies schon im Grundsatz obsolet: Hier werden die unangenehmen Wahrheiten bis hin zu stattgefundenen Massakern und Völkermorden gar nicht erst zu Gehör gebracht, werden Internet-Seiten gesperrt und kritische Berichterstattung unterdrückt. Es gibt auf der Welt zurzeit eher 50 als fünf Beispiele dafür, auch in und am Rande von Europa.

Schließlich gilt allerdings, dass die Menschen nicht nur richtig hören, sondern ebenso klar sehen wollen. Demokratie ist aber ziemlich unanschaulich. Wenn man auf einem alten Foto Hunderte Reihen von Soldaten und Parteigenossen, in Reih und

Glied aufgestellt, betrachtet oder erkennt, wie zu Füßen einer übermenschengroßen Statue eine Masse den Gruß gebietet, weiß man sofort: Das ist – trotz der Menge beteiligter Menschen – jedenfalls nicht Demokratie. Während Diktatur leicht zu versinnbildlichen sowie mit Metaphern wie „Joch“ oder „Ketten“ nachvollziehbar auszudrücken bleibt, fehlt das demokratische Gegenbild. In einer ihrer jüngsten einschlägigen Publikationen – den „Informationen zur politischen Bildung 332“ (1/2017) – versucht sich die Bundeszentrale für politische Bildung auf dem Titelblatt an einer Grafik, die eine aus sehr vielen, bunt gemischten, freilich gedrängten Figuren zusammengesetzte Comic-Sprechblase zeigt; außerhalb stehen einige offenbar Unbeteiligte. Analytisch ist das einfach zu entschlüsseln – aber als Anschauung tatsächlich gelungen? Fast empfindet man als Betrachter Unlust, sich ausgerechnet zu den eingepferchten Menschen zu gesellen – ist das Außenseitertum nicht verlockender? Historische Bildfindungen wie das Gemälde „Die Freiheit führt das Volk“ von Delacroix mögen vernutzt und darüber hinaus historisch bedingt oder festgelegt sein – wirkungsvoller, um Demokratie als Bildungsidee vor dem geistigen Auge aufzurufen, sind sie allemal.

Demokratische Erinnerungskultur als Ziel von Demokratieggeschichte

Wenn Demokratieforschung und Demokratieggeschichte in Deutschland hinter dem Möglichen zurückbleiben, kann es um die demokratische Erinnerungskultur kaum besser stehen. Wenn Kultur dazu dient, etwas Ausgezeichnetes zu setzen, zu pflegen und zum Blühen zu bringen, dann gibt es keine treffendere Formel als Willy Brandts Diktum „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ aus seiner Regierungserklärung im Jahre 1969, denn damit kommt am eindrucklichsten das Unabgeschlossene, Graduelle, Umkämpfte, zudem Experimentelle zum Ausdruck. Politisch und sozial ist die Entwicklungsrichtung klar: Demokratie ist weiter von ihren tendenziell elitären Einschüssen zu befreien (die sich manchmal sogar in akademischen Diskussionen um *good governance* finden lassen und an alte Befürchtungen Ernst Fraenkels in Bezug auf eine abzulehnende „Oligarchisierung des Staatsapparats“ gemahnen). Sie ist stattdessen als Handlungsraum aller Individuen in der Gesellschaft auszugestalten und wird zu deren Produkt durch Kommunikation, Verknüpfungen und Aktivitäten in nicht-hierarchischen Netzwerken. Schon um Demokratie nicht für etwas Ominöses zu halten, aber genauso um sie nicht als ‚Einsicht in das Notwendige‘ herabzuwürdigen, müssen demokratische Akteure bis hin zu jeder einzelnen Wahlbürgerin und jedem einzelnen Wahlbürger über Demokratieggeschichte informiert sein. Umso bedauerlicher bleibt, dass entsprechende Jubiläumsanlässe klaglos versanden. Die Feiern zum 3. Oktober oder zum 9. November erschöpfen sich eher in Pflichtübungen, die an Politiker delegiert werden. Die wenigen Erinnerungsstätten

an authentischen Orten der Demokratiegeschichte scheinen oft didaktisch überholungsbedürftig. Und den Hauptteil der Erinnerungsarbeit für etwas, das eigentlich Sache des ganzen Volkes – des *demos* – ist, tragen vor allem speziell eingerichtete, hochpolitische Institutionen, Einrichtungen, Stiftungen. Verbindlicher, motivierender Demokratieerinnerung ist eine solche Asymmetrie abträglich. Dabei steckt in unserer Gesellschaft ein reiches Potenzial für demokratische Lerngeschichten, die zudem medial vielfältig – als Rede und Spiel, durch Präsentation und Aktion, in der Begegnung oder digital – übertragen werden können. Die sozial, ethnisch, in ihren Ausbildungen, Weltanschauungen und persönlichen Orientierungen so unterschiedlichen und in ihrer Vielfalt anerkannten Menschen dieses Landes könnten erzählen, wie und wo sie zum ersten Mal und dann wieder von Demokratie gehört haben, was sie darunter früher verstanden und heute verstehen und warum sie jeweils welche Haltung zu dieser „Lebensform“ entwickelt haben. Wenn wir die Grundwerte der Demokratie als unverrückbar anerkennen, aber aus der Auseinandersetzung mit dem historischen Wandel gelernt haben, dass wir unser demokratisches Zusammenleben immer neu und gegenwärtig gestalten müssen, dann wird auch unsere Erinnerungskultur in Form des Erzählens vielfältiger Demokratiegeschichten demokratisch.

Prof. Dr. Michele Barricelli ist Inhaber des Lehrstuhls für Didaktik der Geschichte und Public History an der Ludwig-Maximilians-Universität München

DESSCHICHTE
GEMOKUNG
ERINNERUNG
RATIE

DEMOKRATIEGESCHICHTE ALS AUFGABE DER ERINNERUNGSARBEIT IN DEUTSCHLAND

BERND FAULENBACH

I. Eine völlig neue Tendenz der Erinnerungskultur?

„Demokratie“ ist für die meisten von uns der selbstverständliche Begriff zur Kennzeichnung unserer politisch-gesellschaftlichen Ordnung. Demokratie ist jedoch das Ergebnis einer komplexen Geschichte, in der die Entwicklung von Gesellschaft, Ökonomie und Kultur als Rahmenbedingung eine wichtige Rolle spielt und verschiedene politische Prozesse ihren Niederschlag gefunden haben. Und doch ist sie auch Ausdruck des politischen Gestaltungswillens von Menschen, politischen Richtungen und Nationen.

Im Laufe der Geschichte ist Demokratie ein immer anspruchsvolleres Ordnungskonzept geworden. Heute ist Demokratie nicht nur Mehrheits Herrschaft oder ein bestimmtes durch eine Verfassung geregeltes Institutionengefüge. Konstitutiv für Demokratie sind auch die Geltung von Menschen- und Bürgerrechten (die auch Minderheitenrechte einschließen), Gewaltenteilung, Parlamentarismus, Herrschaft auf Zeit, Rechts- und Sozialstaatlichkeit, nicht zuletzt eine politische Kultur, die mit einer Zivilgesellschaft verbunden ist. Alle diese Komponenten, zu denen auch die Parteien zählen, haben ihre Geschichte.

In jüngster Zeit ist in Deutschland Demokratieggeschichte verstärkt als Feld der Erinnerungsarbeit entdeckt worden – im politischen Raum und in der Erinnerungsgesellschaft. Die Gründung eines Netzwerkes Orte der Demokratieggeschichte im Juni 2017 ist Ausdruck dieser Tendenz. Ein gewisses Interesse hat die Demokratieggeschichte wohl stets seit dem Zweiten Weltkrieg gefunden, nachdrücklich wurde eine intensivere Beschäftigung mit der Freiheits- und Demokratieggeschichte auch in den frühen 1970er-Jahren vom damaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann gefordert. Gleichwohl rückten seit den 1960er-Jahren die Geschehnisse der NS-Zeit, insbesondere die einzigartigen nationalsozialistischen Verbrechen, in das Zentrum des Interesses, was sich auch nach 1989/90, als auch das kommunistische Unrecht verstärkt beachtet wurde, nicht grundlegend verändert hat. Jetzt aber scheint es einen neuen Schub für die Beschäftigung mit Demokratieggeschichte zu geben. Bedeutsam ist, dass sie nicht als Gegensatz, sondern als Erweiterung der Erinnerungsarbeit betrachtet wird, in deren Zentrum die NS-Zeit und die Großverbrechen

des 20. Jahrhunderts stehen. Dabei stellen sich verschiedene Fragen:

- In welchem inhaltlichen Verhältnis stehen das „negative Gedächtnis“ und die um die Massenverbrechen kreisende Erinnerungsarbeit einerseits und die Beschäftigung mit Demokratiegeschichte andererseits zueinander?
- Mit welchen Themen, Fragen und Aspekten der Demokratiegeschichte soll sich die Erinnerungsarbeit vorrangig beschäftigen?
- Welche Relevanz hat die erinnerungskulturelle Beschäftigung in der gegenwärtigen Konstellation, in der vielfältig über eine Krise der westlichen Demokratie gesprochen wird?

II. Negatives Gedächtnis und Demokratiegeschichte

Im Zentrum der Erinnerungsarbeit in Deutschland stehen seit den 1960er-Jahren die NS-Diktatur und die NS-Verbrechen, vor allem der Holocaust. Die von Deutschland ausgehenden und im deutschen Namen verübten Verbrechen prägten zunehmend die deutsche Erinnerungskultur, die – wie Reinhard Koselleck formuliert hat – ein „negatives Gedächtnis“ zur Voraussetzung hat. Das Bewusstwerden kommunistischer Verbrechen und die europäische Öffnung des Erinnerens haben die deutsche Erinnerungskultur seit den 1990er-Jahren zwar geringfügig modifiziert, doch nicht wirklich gewandelt.

So stark die Erinnerung an die NS-Verbrechen auch die deutsche Erinnerungskultur prägt, so ist diese doch zugleich verknüpft mit demokratischen Werten. Dies kommt etwa im Namen unseres Vereins Gegen Vergessen – Für Demokratie e. V. zum Ausdruck. Gegen das Vergessen der Untaten der NS-Zeit ist die eine Seite unseres Anliegens, die andere Seite ist die Stärkung der Demokratie, wobei diese beiden einander offenbar bedingen. Ex negativo begründen die Erfahrungen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Demokratie. Die Diktaturerfahrungen zeigen, was es bedeutet, wenn Menschen- und Bürgerrechte nicht respektiert werden, es keine Gewaltenteilung gibt, Herrschaft nicht begrenzt ist und staatliches Handeln nicht an der Rechtsstaatlichkeit seine Grenzen findet. Auf der Ebene heutigen Denkens lassen sich beide Komponenten also durchaus zusammensehen. Die Beschäftigung mit den NS-Verbrechen kann zweifellos zur Motivation und Legitimation des Engagements für Demokratie beitragen.

Dennoch gehen die Beschäftigung mit Diktaturgeschichte und Massenverbrechen auf der einen Seite und die Auseinandersetzung mit Demokratiegeschichte auf der anderen Seite nicht ineinander auf. Die Auseinandersetzung mit dem Menschheits-

verbrechen Holocaust hat gleichsam ihren Zweck in sich, sie ist eine anthropologische und historische Notwendigkeit, die keiner Begründung bedarf und von jeder Generation in der zivilisierten Welt nach wie vor erwartet wird.

Auch die Demokratiegeschichte hat ihr Eigengewicht. Demokratie ist keineswegs vorrangig als Funktion anonymer gesellschaftlicher und politischer Veränderungsprozesse zu begreifen. Sie wurde von Einzelnen, von Gruppen, Bewegungen, Parteien angestrebt. Für die Durchsetzung demokratischer Ideen haben viele Menschen Opfer gebracht. Zudem ist Demokratie nicht ausschließlich die Antwort auf Diktaturerfahrungen – wie dies im deutschen Fall manchmal behauptet wird, wobei die Weimarer Republik und die lange Vorgeschichte seit dem Vormärz schlicht vergessen werden. Allerdings sind die Geschichte von Diktaturen und die Geschichte von Demokratien, sind auch Geschehnisse wie Menschheitsverbrechen immer mit der übrigen Geschichte auf recht unterschiedliche Weise verbunden. So war der Widerstand gegen die NS-Diktatur teilweise demokratisch motiviert. Dies gilt allerdings keineswegs für den gesamten Widerstand (und zwar weder für den ganzen Widerstand des 20. Juli noch für den kommunistischen Widerstand).

Zweifellos standen sich in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts Demokratie und Diktatur sowohl ideengeschichtlich als auch in der praktischen Auseinandersetzung kontradiktorisch gegenüber. Zugleich aber stießen zeitweilig demokratische, autoritäre und totalitäre Strömungen und Parteien in einer Weise aufeinander, dass es zwischen ihnen Kommunikation und Wanderungen von Anhängern gab. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass der Schritt von der Demokratie zum Antidemokratischen nicht immer sehr groß war. Generell war der Firnis der Zivilisation, der diese von der Barbarei trennt, dünner, als man annehmen könnte. Das gilt vermutlich auch für die Gegenwart.

Auf diesem Hintergrund tun wir gut daran,

- weder Diktaturgeschichte noch Demokratiegeschichte zu isolieren, sondern sie jeweils in Kontexte einzuordnen und Zusammenhänge zu beleuchten.
- Demokratiegeschichte, Diktaturgeschichte und die Geschichte der Menschheitsverbrechen nicht als konkurrierende, sondern sich ergänzende Beschäftigungen der Erinnerungsarbeit zu begreifen.

Bezogen auf die deutsche Erinnerungskultur spricht gegenwärtig einiges dafür, demokratiegeschichtliche Themen aufzugreifen, die geeignet sind, die Demokratiediskussion stärker historisch zu fundieren.

III. Themen und Fragen der Demokratieggeschichte

Die Demokratieggeschichte ist ein weites Feld. Es stellt sich die Frage, was aus der Geschichte der Demokratie die Erinnerungskultur bewegt, die im Hinblick auf die Vergangenheit hochgradig selektiv ist. Offen ist, welche Phänomene sie aufgreift, die für die Gegenwart relevant sind und eine symbolische Verdichtung ermöglichen. Es gilt gleichsam, „Orte der Erinnerung“ zu finden, die aus der Sicht Pierre Noras auch Persönlichkeiten, Gruppen oder Ereignisse sein können.

Wichtige Ereignisse der Demokratieggeschichte sind Revolutionen und Umbrüche sowie spektakuläre Ereignisse. Nennen kann man aus der deutschen Geschichte den Vormärz mit dem Hambacher Fest und dem Protest der Göttinger Sieben, die Revolution von 1848/49 mit den Märzereignissen und dem verfassungsgebenden Paulskirchenparlament. Einen anderen Komplex bildet die Novemberrevolution 1918 mit der Ausrufung der Republik und dem Prozess der Verfassungsgebung in Weimar. Weitere Ereignisse, die die Erinnerungskultur beschäftigen können, sind der Widerstand gegen Hitler mit seinen vielfältigen Geschehnissen, die Erarbeitung des Grundgesetzes, der 17. Juni 1953 in der DDR, die „Umgründung“ der Bundesrepublik in den ausgehenden 1960er- und frühen 1970er-Jahren (in all ihren Widersprüchen) sowie die Friedliche Revolution in der DDR und die Wiedervereinigung.

Auch negative Ereignisse wie die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz durch eine Mehrheit des Reichstages und das die Ehre des Parlamentarismus rettende durch Otto von Wels begründete Nein der SPD-Reichstagsfraktion im März 1933 wird man als demokratiegeschichtliche Ereignisse zu würdigen haben. Zu erwähnen ist auch die Behauptung des Rechtsstaates gegen den Terrorismus im Herbst 1977.

Demokratiegeschichtlich von Interesse sind Bewegungen, Parteien und Persönlichkeiten, die sich für demokratische Verhältnisse im 19. und frühen 20. Jahrhundert eingesetzt haben, wobei die konkreten Ziele im jeweiligen Zeitkontext zu sehen sind. Parteien, die sich für die Partizipation des Volkes an der politischen Willensbildung eingesetzt haben, sind in diesem Zusammenhang ebenso zu nennen wie Verfechter eines aufgeklärten Rechtsstaates und Vordenker von Demokratie und Sozialstaat.

Nicht zuletzt bietet sich an, die Erinnerung an Protagonisten der Demokratie (im weiteren Sinne) zu pflegen. In diesem Kontext wird man Persönlichkeiten zu nennen haben, die ihren Einsatz für die Demokratie mit ihrem Leben bezahlt haben. Als Beispiele mag man Robert Blum 1848, Matthias Erzberger, Walter Rathenau und Fried-

rich Ebert in der Weimarer Zeit nennen, ebenso Repräsentanten des demokratischen Widerstandes gegen Hitler wie Julius Leber und Theodor Haubach und viele andere, die auch auf der regionalen Ebene zu finden sind, nicht zuletzt die mutigen Vertreter der Opposition in der DDR.

Es geht nicht nur um „Märtyrer“, sondern auch um bedeutende Persönlichkeiten des demokratischen Lebens, samt ihrer Widersprüchlichkeiten. Die Erinnerung an einige – etwa an Theodor Heuss, Konrad Adenauer, Willy Brandt, Helmut Schmidt – wird inzwischen durch Bundesstiftungen wachgehalten. Es gilt auch weniger bekannte Demokraten des 19. und 20. Jahrhunderts wiederzuentdecken, besonders in lokalen Kontexten, auch Männer und Frauen, die die „Mühen der Ebene“ bewältigt haben – ein riesiges noch zu bearbeitendes Feld.

IV. Zur Relevanz der Demokratieggeschichte für die Gegenwart

Demokratieggeschichte kann eine Reihe von wichtigen Einsichten – zumal in der Bildungsarbeit – vermitteln:

- Demokratie musste in einer Vielzahl von Kämpfen durchgesetzt werden, war lange Zeit gefährdet und ist wohl nie ganz ungefährdet.
- Demokratie hat sich in ihrer heutigen Gestalt in einem längeren Prozess herausgebildet. Angesichts des gesellschaftlich-politischen Wandels verändert sie sich auch in der Gegenwart. Heute sind zwar in Deutschland offen demokratiefeindliche Bewegungen nur an den extremen Rändern auszumachen. Doch ist zu erörtern, inwieweit es populistische und gesellschaftliche Tendenzen gibt, die die Demokratie zu deformieren drohen.
- Die Einsicht ist unabweisbar, dass die „res publica“ des Engagements der Bürger bedarf. Aus diesem Engagement resultiert das Selbstbewusstsein des Citoyen.
- Vor dem Hintergrund der wechselvollen europäischen Geschichte lässt sich die Gegenwart unserer Demokratie trotz mancher Schattenseiten als politisch-gesellschaftliche Lebensform auffassen, die wir nicht nur verteidigen müssen, sondern für die wir diejenen, die dauerhaft bei uns leben wollen, gewinnen müssen.

Ergebnis der Bemühungen um die Demokratieggeschichte könnte die Stärkung eines historisch fundierten demokratischen Nationalbewusstseins sein, das sich in enger Beziehung zu Europa definiert und seinen Kern in einem Verfassungspatriotismus hat.

Prof. Dr. Bernd Faulenbach lehrt Geschichtswissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum und ist Vorstandsvorsitzender von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.



DEMOKRATIEGESCHICHTE: WEBSEITEN, AUSSTELLUNGEN, NETZWERKE ...

DENNIS RIFFEL UND RUTH WUNNICKE

2018 jährt sich die Novemberrevolution zum 100. Mal. Sie bedeutete nicht nur das Ende des Ersten Weltkriegs und die Gründung der Weimarer Republik, sondern auch den Beginn der ersten Demokratie in Deutschland. In den Jubiläumsjahren 2018/19 sind bundesweit zahlreiche Feierlichkeiten, Ausstellungen und Jubiläumsprojekte von unterschiedlichen Initiativen, Museen, Universitäten und Stiftungen zu erwarten. Deutschlandweit beschäftigen sich Städte, Museen, Institutionen, Forschungseinrichtungen oder Netzwerke mit dem Thema Demokratiegeschichte und bereiten sich mit Veranstaltungsreihen, Ausstellungen, Internetblogs und anderweitigen Angeboten gezielt auf die Jubiläumsjahre 2018 und 2019 vor. Im Folgenden finden Sie eine Übersicht zu diesen Angeboten. Wir möchten gleichzeitig darauf hinweisen, dass diese Übersicht keinen Anspruch auf Vollständigkeit besitzt. Sollten Sie weitere Angebote zur Demokratiegeschichte kennen, freuen wir uns über jeglichen Hinweis. Wir publizieren diese auf der Internetseite von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. unter <http://www.gegen-vergessen.de>.

Die Angebote sind unter folgenden Rubriken zusammengefasst:



Online-Angebote



Forschung und Wissenschaft



Ausstellungen
(Wanderausstellungen, Sonderausstellungen,
Dauerstellungen, Dauerstellungen)



Regional



Netzwerke



■ **Blog Netzwerk Demokratie / Geschichte 2018 / 2019, Friedrich-Ebert-Stiftung**

Als Teil des gleichnamigen Projekts liefert der redaktionell betreute Blog Informationen zu geplanten Jubiläumsveranstaltungen 2018/19. Thematisch werden Veranstaltungen aufgenommen, die sich mit der Novemberrevolution 1918/19 und ihren Folgen sowie der öffentlichen Debatte um die Geschichte der Demokratie in Deutschland beschäftigen. Ziel des Blogs ist es außerdem, ein Forum zu schaffen, in dem Forscherinnen und Forscher ihre Projekte ankündigen, Beiträge veröffentlichen und zur Diskussion stellen sowie sich untereinander vernetzen können.
<http://www.fes.de/de/blog-netzwerk-demokratie-geschichte/>

■ **Digitalisierte Quellen und Blog: Weimar – Die erste deutsche Demokratie, Bundesarchiv**

Das Bundesarchiv macht in einem Internetportal eine Auswahl einzigartiger Quellen zur Geschichte der Weimarer Republik für jedermann zugänglich. Präsentiert werden Filme, Fotos, Dokumente und Töne. Seit 2017 werden über einen Zeitraum von vier Jahren umfangreiche Quellen des Bundesarchivs digitalisiert und online den Nutzern zur Verfügung gestellt.
<https://blogweimar.hypotheses.org/>

■ **Novemberrevolution – Digitalisierte Quellen zur deutschen Revolution 1918 / 19, Deutsche Nationalbibliothek**

Unmittelbar nach Ausbruch der Revolution begann die damalige Deutsche Bücherei mit dem Aufbau einer Sammlung von Revolutionsdruckwerken. Durch Werbeschreiben an Arbeiter- und Soldatenräte, politische Parteien, Behörden und Privatpersonen sowie durch Tauschbeziehungen mit anderen Bibliotheken wurden von 1918 bis 1920 über 9.000 Einblattdrucke sowie rund 700 Zeitungen und Zeitschriften gesammelt. Die circa 5.000 heute noch vorhandenen Plakate, Flugblätter und Anschläge werden im Projekt sortiert und konservatorisch gesichert. Um alle, die am Thema Novemberrevolution beziehungsweise Weimarer Nationalversammlung interessiert sind, bei ihrer Material- und Quellenrecherche zu unterstützen, werden neben einer Auswahl dieser Einblattdrucke bis 2018 auch etwa 500 zeitgenössische Bücher und Broschüren digital zugänglich gemacht. Die Digitalisate und historischen Informationen werden darüber hinaus in die Virtuelle Ausstellung Erster Weltkrieg eingebunden.

<http://www.dnb.de/DE/Wir/Projekte/Laufend/novemberrevolutionDigitalisierungQuellen.html>



■ **Digitalisierte Quellenedition: Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949 – 1990**

Die Quellenedition unter Federführung der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (KGParl) stellt einen einzigartigen Quellenbestand zur Geschichte des Parlamentarismus und der parlamentarischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland für Forschung und Öffentlichkeit online bereit. Zu den Sitzungen der damals maßgeblichen Fraktionen im Deutschen Bundestag, d.h. von CDU/CSU, SPD, FDP und GRÜNEN, sind seit 1949 fast durchgängig Protokolle überliefert, die eine exzellente Quellenbasis zur deutschen Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg und zur Funktionsweise des politischen Systems der Bundesrepublik darstellen. <https://fraktionsprotokolle.de/>

■ **Digitalisierte Quellensammlung: Von der Monarchie zur Republik, Landesarchiv Baden-Württemberg**

Quellen zur Frühphase der Weimarer Republik. Verschiedene wissenschaftlich aufgearbeitete und digitalisierte Quellen des Landesarchivs Baden-Württemberg veranschaulichen die gewaltigen politischen und gesellschaftlichen Transformationsprozesse ab den letzten Kriegsmonaten 1918 bis etwa 1923. Sie geben Auskunft über die Demokratieggeschichte im deutschen Südwesten.

<https://www.leo-bw.de/web/guest/themenmodull/von-der-monarchie-zur-republik>

■ **Online Lehrmaterial und Posterausstellung: „Revolution! Bayern 1918/19“, Haus der Bayerischen Geschichte**

Als erstes deutsches Land stürzte Bayern am 7. November 1918 seine Monarchie. Mit dem Ausruf des Freistaats Bayern durch Kurt Eisner, den Vorsitzenden des Ministerrats, war der Weg zur Demokratie beschritten. Das Angebot gliedert sich in einen Darstellungsteil, Quellenmaterial und Impulse zur Weiterarbeit am Thema. Darüber hinaus sollen die Schüler zu eigenständiger Quellen- und Forschungsarbeit motiviert werden. Schulen und Bildungseinrichtungen erhalten die Materialien kostenlos: <http://www.hdbg.de/basis/themen-suche/geschichte-frei-haus/themen/revolution-bayern-191819.html>

■ **Pubquiz Demokratie und Grundrechte, Initiative „Kleiner Fünf“**

Auf ihrer Internetseite stellt die Initiative „Kleiner Fünf“ kostenlos ein Pubquiz zum Download bereit, mit dem sich spielerisch politische Debatten initiieren lassen. Durch 45 Fragen und 10 Bilderrätsel lernen die Teilnehmenden wichtige Daten und Grundsätze der Demokratie sowie Personen kennen, die mit Debatten um demokratische Werte in Verbindung gebracht werden. Eine Anleitung für Interessierte liegt dem Pubquiz bei: <https://www.kleinerfuenf.de/de/pubquiz>



■ Virtueller historischer Stadtrundgang durch Weimar im Jahr 1919

In dem virtuellen Stadtrundgang werden die BesucherInnen von einem Reporter der Chicago Daily News an die Orte der Entstehung der ersten deutschen Demokratie, so z. B. der Weimarer Nationalversammlung geführt und durch kleine Filme informiert:

http://www.weimarer-republik.net/_rundgang_f/index.php?clang=0

■ Virtuelle Ausstellung: 100 Jahre Erster Weltkrieg

Die 1914 von der Deutschen Bücherei angelegte Weltkriegssammlung sollte als Zeugnis eines Ereignisses dienen, dessen historische Dimension früh erkannt wurde. Zum Gedenkjahr 2014 ist diese Sammlung der Deutschen Nationalbibliothek neu erschlossen und zum Teil digitalisiert worden. Das Anliegen der Kuratoren ist es, nicht den Krieg auszustellen, sondern vielmehr Mediengeschichte in Verbindung mit dem Krieg erfahrbar machen.

Mehr unter: *<http://erster-weltkrieg.dnb.de>*

■ LeMO – Lebendiges Museum Online, Unterkapitel: Weimarer Republik

Das Deutsche Historische Museum Berlin stellt mit LeMO ein Online-Portal zur deutschen Geschichte zu Verfügung. In dem Kapitel Weimarer Republik laden Objekte, Texte, Medien, Zeitzeugenberichte und Dokumente ein, zu entdecken, zu recherchieren und sich zu informieren. LeMO richtet sich an eine breite Zielgruppe, an Jugendliche und Senioren, an Schüler und Lehrer, an alle Geschichtsinteressierten.

Mehr unter: *<https://www.dhm.de/lemo/kapitel/weimarer-republik.html>*



FORSCHUNG UND WISSENSCHAFT

■ Forschungsstelle 100 Jahre Weimarer Republik, Jena

Die Forschungsstelle in Jena, Thüringen, arbeitet die Geschichte der Weimarer Republik auf. Bis zum 100. Gründungsjahr der ersten parlamentarischen Demokratie in Deutschland 2019 fördert das Land die „Forschungsstelle Weimarer Republik“ an der Universität Jena. Die Einrichtung, die von dem Jenaer Politikprofessor Michael Dreyer geleitet wird, hat ihre Arbeit 2016 aufgenommen. Ziel ist es, die Forschung zur Weimarer Republik im Gründungsland der deutschen Demokratie zu bündeln. Die Einrichtung soll zu einem „wichtigen Knotenpunkt“ der Forschung werden. Aufgabe der Forschungsstelle ist neben eigener wissenschaftlicher Arbeit insbesondere der Aufbau eines Netzwerkes zur Weimar-Forschung und die Organisation jährlicher Fachkonferenzen. Zu den Publikationen der Forschungsstelle gehört u. a. der Sammelband von Michael Dreyer und Andreas Braune (Hrg.):



Weimar als Herausforderung. Die Weimarer Republik und die Demokratie im 21. Jahrhundert, Stuttgart 2016.

Mehr unter: <http://www.weimarforschung.uni-jena.de/>

■ **Fachtagung: Blicke auf die Revolution 1918/19**

Potsdam/Berlin 01. – 02.11.2018 (Tagung in Planung)

Aus der Fülle denkbarer Themen will dieser Workshop einen begrenzten, spezifischen Zugang wählen. Thematische Eingrenzung und inhaltliche Strukturierung werden in drei Dimensionen vorgenommen: Zeit, Raum und Perspektive.

Mehr unter: <http://www.hsozkult.de/event/id/termine-35061>

■ **Tagung: Aufbruch in die Demokratie – 100 Jahre Revolution im Rheinland und in Westfalen**, Düsseldorf/Duisburg 08. – 09. November 2018

Die historische Kommission Westfalen u. a. veranstalten 2018 eine Tagung zur Revolution im Rheinland und Westfalen. Die Beiträge sollen die Ereignisse und Abläufe jeweils auf lokaler, regionaler bzw. überregionaler Perspektive beleuchten.

Mehr unter: <https://www.historische-kommission.lwl.org/de/>

AUSSTELLUNGEN



WANDERAUSSTELLUNGEN

■ **Die Weimarer Republik – Deutschlands erste Demokratie**

Die Wanderausstellung „DIE WEIMARER REPUBLIK. DEUTSCHLANDS ERSTE DEMOKRATIE“ zeigt den hoffnungsvollen Anfang, aber auch die Krisen, aus denen sie sich immer wieder hinausmanövrierte sowie ihr desaströses Ende durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten. Sie zeigt stille und heute vergessene Helden, die ihr Leben für die Demokratie aufs Spiel gesetzt haben. In vier Kinowürfeln und 16 Medienstationen werden zahlreiche Facetten dieser rastlosen Zeit erzählt. Interaktive Spiele lassen Glanz und Tragik der Weimarer Republik wie in einer Zeitreise nachspüren. Der Verein Weimarer Republik e. V. wurde 2016 mit dem Preis Gegen Vergessen – Für Demokratie ausgezeichnet.

Weitere Informationen unter: <http://www.weimarer-republik.net/>

■ **Friedrich Ebert (1871–1925). Vom Arbeiterführer zum Reichspräsidenten**

Die Wanderausstellung der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte folgt dem Lebenslauf Friedrich Eberts und bettet seine Biographie in die wechselvolle Geschichte des Deutschen Reiches und der Arbeiterbewegung ein. Ein



Schwerpunkt liegt auf der Revolution von 1918/19 und auf der Gründung der ersten deutschen Demokratie. In dieser Umbruchsphase gilt Ebert als zentrale Schlüsselfigur, denn als Reichspräsident war er der wichtigste demokratische Repräsentant der Weimarer Republik. Entliehen werden kann die Ausstellung über die Friedrich-Ebert-Stiftung: http://www.ebert-gedenkstaette.de/pb/Lde/Startseite/Aktuelles+im+Friedrich_Ebert_Haus/Wanderausstellungen.html

■ **Demokratie als Lebensform. Eine Wanderausstellung zu Theodor Heuss und Elly Heuss-Knapp**

Die Ausstellung der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus zeigt Theodor Heuss' Weg durch fünf Epochen deutscher Zeitgeschichte, vom Kaiserreich bis in die ersten Jahre der Bundesrepublik Deutschland. An seinem Lebensweg lassen sich die großen Zäsuren der deutschen Geschichte dieser Zeit verfolgen. Anhand von Fotos, Ton- und Filmdokumenten, Originalobjekten und spielerischen Elementen ist ein Mann zu entdecken, der sich in enger Partnerschaft mit seiner Frau Elly Heuss-Knapp an den demokratischen und liberalen Vorstellungen seiner Zeit orientierte. Auf dieser Grundlage beteiligten sich beide engagiert an der Gestaltung Deutschlands. <http://www.theodor-heuss-haus.de/unser-programm/wanderausstellungen/>

■ **Für eine starke Republik! Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 1924 – 1933**

Der 1924 gegründete Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold war eine überparteiliche Organisation zum Schutz der Weimarer Republik. Sein Ziel war es, die bedrohte Weimarer Demokratie nicht allein mit Worten, sondern auch mit Taten zu verteidigen. Die Ausstellung des Bundesverbandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und der Gedenkstätte Deutscher Widerstand dokumentiert auf 27 Bannern mit Fotos und Dokumenten den Einsatz des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold für die demokratische Republik von Weimar.

Mehr unter: <http://reichsbanner.de/reichsbanner-heute/ausstellungen/wanderausstellung-fuer-eine-starke-republik>

■ **Weimarer Verhältnisse – die Polizei im Demokratieexperiment zwischen Kaiserreich und NS-Diktatur (1918–1933)**, ab November 2018

Die so genannten „Weimarer Verhältnisse“ hatten starke Auswirkungen und Folgen auch für die Polizei in der ersten Republik – eine Polizei, die nicht nur neu organisiert wurde, sondern vor allem zu einem veränderten Selbstverständnis finden sollte. Aus Vertretern der Obrigkeit im Kaiserreich sollten „Freunde und Helfer“ der Bevölkerung werden. Aber nach bürgerkriegsähnlichen Unruhen in den Anfangsjahren und einer anschließenden Konsolidierung der Verhältnisse, geriet



die Polizei in der Endphase der Republik in ein sich ständig verstärkendes Spannungsfeld zwischen extrem rechter und extrem linker politisch motivierter Gewalt. Mit einer Wanderausstellung möchte das Polizeimuseum der Polizeiakademie Niedersachsen an die Geschichte unserer ersten Republik ebenso erinnern, wie an eine die Polizei noch lange Zeit prägende Gewalt- und Ohnmachtserfahrung. Mehr unter: http://www.pa.polizei-nds.de/polizeigeschichte/polizeimuseum_niedersachsen/sonderausstellungen/

SONDERAUSSTELLUNGEN

■ Städtisches Museum Braunschweig

Der Rote Faden, 2018/2019

Sozialdemokratie und Moderne, 03.10.2018 – 30.04.2019

Mehr unter: <https://www.braunschweig.de/museum/>

■ Historisches Museum, Frankfurt am Main

Damenwahl! 1918/1919 – Frauen in die Politik, 30.08.2018 – 20.01.2019

Das Historische Museum Frankfurt lenkt mit einer großen, ganz Deutschland in den Blick nehmenden Jubiläumsausstellung 2018/2019 erstmals die Aufmerksamkeit auf die Frauen, die zur Entstehung der Weimarer Republik und zur Einführung des Frauenwahlrechts 1918/1919 in Deutschland beitrugen. Mit der ersten großen Sonderausstellung präsentiert das HMF die historischen Ereignisse und die mit ihnen verbundenen Protagonistinnen um die Jubiläumsjahre 1918/1919.

Mehr unter: https://historisches-museum-frankfurt.de/de/ab_in_die_politik

■ Museum für Hamburgische Geschichte

Revolution! Revolution? Hamburg 1918–1919, 25.04.2018 – 25.02.2019

Das Museum für Hamburgische Geschichte hat sich mit seinem Ausstellungsvorhaben zum Ziel gesetzt, der Ort zu sein, an dem erstmals ein umfassender Beitrag zur Kenntnis, zum Verständnis und zur Bedeutung dieser komplexen Zeit in der Freien und Hansestadt vermittelt wird. Darüber hinaus will die Ausstellung aufgrund der überregionalen Bedeutung Hamburgs auch den nationalen wie internationalen politischen Kontext der hiesigen Umbrüche in den Blick nehmen und zu Vergleichen anregen.

Mehr unter: <https://historisches-museum-frankfurt.de/damenwahl>

■ Stadt- und Schiffahrtsmuseum Kiel

Die Stunde der Matrosen – Kiel und die deutsche Revolution 1918,

06.05.2018 – März 2019.



Das Kieler Stadt- und Schifffahrtsmuseum widmet dem Matrosenaufstand von 1918 eine große Sonderausstellung in der Fischhalle. Das Haus wird von Februar 2018 an für dieses Ereignis vollständig umgestaltet. Anhand zeitgenössischer Medien wie Plakaten, Postkarten, Flugblättern, Zeichnungen und Fotos wird die Sonderausstellung nicht nur die Ereignisse der Revolution selber beleuchten, sondern auch die Vorgeschichte während des Ersten Weltkriegs, die Nachwirkungen und die Rezeption bis heute.

Mehr unter: https://www.kiel.de/de/kultur_freizeit/1918/zentrale_ausstellung.php

■ **Mindener Museum**

Die Revolution in der Provinz.

Ursachen und Umbruch in Minden Oktober 1918 – Februar 1919,
27.07.2018 – 03.02.2019

Eine regionalgeschichtliche Präsentation zur Revolution 1918/19.

Mehr unter: <http://www.mindenermuseum.de>

■ **Stadtmuseum Rastatt**

*„Es lebe das Neue!“? Rastatt in der Weimarer Republik –
Ein Stück Demokratieggeschichte,*

18.05.2018 – 03.02.2019

Das Stadtmuseum Rastatt plant zum 100. Geburtstag der Weimarer Republik für 2018 eine große Sonderausstellung mit Fokus auf die Rastatter Stadtgeschichte. Die Ausstellung soll dokumentieren, wie es Rastatt und seinen Bürgern in der bewegten Zeit zwischen dem Ende des ersten Weltkriegs 1918 und Hitlers Macht-ergreifung im Jahr 1933 erging.

Mehr unter: http://www.rastatt.de/index.php?id=4252&L=0_200

■ **Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Stuttgart**

Vertrauensfragen. Der Anfang der Demokratie im Südwesten 1918 – 1924,
30.09.2018 – 11.08.2019

Mit einer Großen Landesausstellung zeigt das Haus der Geschichte Baden-Württemberg zu welch großen Umwälzungen es vor hundert Jahren kam. Politik benötigt Vertrauen – früher wie heute. 1918 war nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg das Vertrauen in die alte soziale und politische Ordnung zerstört. Die Ausstellung wird zeigen, wie nach dem Ende des Kaiserreichs aus der Revolution die erste Demokratie in Baden und Württemberg entstand, die um das Vertrauen der Bürger und Bürgerinnen warb. Die Schau beleuchtet, wie das Vertrauen in politische Institutionen, in den Sozialstaat, in die neue wirtschaftliche und gesell-



schaftliche Ordnung entstand und schwand, wer Misstrauen säte, wer Vertrauen fasste und wer enttäuscht wurde.

Mehr unter: <https://www.hdgbw.de/ausstellungen/in-vorbereitung/>

■ **Stadtmuseum Weimar**

Demokratie aus Weimar. Die Nationalversammlung 1919, Laufzeit 2014 bis 2019
Die Sonderausstellung zum 95. Jahrestag des Beginns der Weimarer Nationalversammlung würdigt das gleichermaßen lokal wie überregional bedeutende Ereignis von 1919. Zahlreiche zeitgeschichtliche Originalobjekte, Filme, Plakate, Modelle, Medaillen und Dokumente verdeutlichen das damalige politische Ringen um die Zukunft Deutschlands. Mehr unter: <http://stadtmuseum.weimar.de/>

■ **Stiftung Deutsches Marinemuseum, Wilhelmshaven**

Die See revolutioniert das Land, Mai bis November 2018

Anlässlich des Jahrestages der Revolution 1918/19 plant das Deutsche Marinemuseum in Kooperation mit der Stadt Wilhelmshaven eine Sonderausstellung.

Mehr unter: <http://www.marinemuseum.de/sonderausstellungen/die-see-revolutioniert-das-land/>

DAUER AUSSTELLUNGEN

■ **Ausstellung und Rathenau-Gedenkstätte im Schloss Freienwalde, Bad Freienwalde (Brandenburg)**

Am 20. Oktober 2017 wurde die Rathenau-Gedenkstätte in der oberen Etage des Schlosses Freienwalde wiedereröffnet. Sie ist anlässlich des 150. Geburtstages Walther Rathenaus (29.09.2017) neu gestaltet und erweitert worden. Mehr unter: <http://www.schloss-freienwalde.de/index.php?path=content/rathenau.htm>

■ **Ausstellungs- und Gedenkort: Der Friedhof der Märzgefallenen, Berlin**

Vor dem Friedhof steht ein speziell für diesen Zweck umgebauter 30 Meter langer Seecontainer. Er dient als Ausstellungspavillon und Info-Zentrum. Dort wird die Geschichte der Berliner Märzrevolution von 1848 in ihrem europäischen und nationalen Kontext erzählt. Bilder, Dokumente und Biografien der einzelnen Akteure und eine zehnminütige Multivision über die Barrikadenkämpfe lassen die ereignisreichen Tage lebendig werden. Ein Audioguide bietet zusätzliche Informationen zu einzelnen Akteuren der Märzrevolution und zur Geschichte des Friedhofs. Führungen und Workshops für Schülerinnen und Schüler werden angeboten.

Mehr unter: <http://www.friedhof-der-maerzgefallenen.de/>



■ **Gedenkstätte der Sozialisten auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde, Berlin**

Seit der Beisetzung von Wilhelm Liebknecht (1826–1900) entwickelte sich der Friedhof Friedrichsfelde zum bevorzugten Begräbnisort führender Vertreter der Arbeiterbewegung. Vertreter der Gründergeneration der deutschen Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung fanden im vorderen Teil ihre letzte Ruhestätte (zum Beispiel Ignaz Auer, Paul Singer, Carl Legien, Theodor Leipart). Mit der Bestattung von Karl Liebknecht (1871–1919) und Rosa Luxemburg (1871–1919) sowie weiterer Opfer der politischen Auseinandersetzungen vom Januar 1919 entstand im hinteren Teil des Friedhofs eine Gedenkstätte der KPD und ihrer Anhänger. Die permanente Ausstellung im Wartebereich an der ehemaligen Polizeiloge informiert auf zwölf Tafeln über ausgewählte Abschnitte der Geschichte des Friedhofs und die Gedenkstätte der Sozialisten. Dort findet man weiterhin biographische Abrisse zum Leben von Personen, deren Grabmale sich in der Gedenkstätte befinden.

Mehr unter: <http://sozialistenfriedhof.de/startseite.html?&L=0Charles>

■ **„Hinauf, hinauf zum Schloss!“, Hambacher Schloss**

175 Jahre danach kommentiert eine neue Ausstellung die Ereignisse des Hambacher Fests 1832, ihre Voraussetzungen und Nachwirkungen. Themen wie Pressefreiheit und Zensur sowie die Forderung und verfassungsmäßige Durchsetzung von Grundrechten in einem geeinten und freien Deutschland geben dem Thema eine gesamtdeutsche, zuweilen europäische Perspektive. Inhalte der Ausstellung sind im Netz abrufbar auf: <http://www.demokratiegeschichte.eu>

■ **Erinnerungsstätte Ständehaus, Karlsruhe**

Die Erinnerungsstätte präsentiert in einer Dauerausstellung die Höhepunkte der badischen Landtagsgeschichte in einer Dauerausstellung, die im Erdgeschoss mit der Entstehung des Großherzogtums Baden und der Badischen Verfassung beginnt. Im ersten Untergeschoss erwartet die Besucher ein Modell des Ständehauses, das einen Blick in den Sitzungssaal der Zweiten Kammer erlaubt. Zeitungen, Plakate und Wandanschläge belegen, wie im Laufe des 19. Jahrhunderts die politischen Parteien zunehmend um die Gunst der Wähler werben. Zudem wirft die Ausstellung einen Blick auf die Weimarer Republik sowie die Verfolgung und den Widerstand badischer Parlamentarier unter dem nationalsozialistischen Regime: <https://www.karlsruhe.de/b1/stadtgeschichte/staendehaus/dauerausstellung>



■ **Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, Rastatt**

Die Dauerausstellung zeigt das jahrhundertelange Ringen der Deutschen um Freiheit, Demokratie und Einheit. Den Besucher erwartet eine lebendige Ausstellung mit den Schwerpunkten „Die Revolution von 1848/49“ und „Wir sind das Volk! Freiheitsbewegungen in der DDR 1949 – 1989“.

Mehr unter: <http://www.bundesarchiv.de/erinnerungsstaette/service/>

■ **Haus der Weimarer Republik, Weimar**

2019 soll in Weimar das „Haus der Weimarer Republik“ fertiggestellt werden.

REGIONALE ANGEBOTE



■ **Berlin**

Revolution!? – Berlin 1918/19

Eine stadtweite Veranstaltungs- und Ausstellungsreihe (Themenwinter),
09.11.2018 – 16.03.2019

Mehr unter: <http://www.kulturprojekte.berlin/projekt/revolution-berlin-191819/>

■ **Hamburg**

Axensprung Theater „Revolution!?“

Ab April 2018 führt das Axensprung Theater Hamburg das Theaterstück „Revolution!?“ auf, das in enger Zusammenarbeit mit dem Museum für Hamburgische Geschichte entstanden ist. Fünf Protagonisten führen die Zuschauerinnen und Zuschauer durch die Ereignisse vom Oktober 1918 bis zum Sommer 1919, zusätzlich werden die Ereignisse aus unserer Zeit heraus kommentiert. Das Museum für Hamburgische Geschichte zeigt ab dem 25. April 2018 die Sonderausstellung „Revolution! Revolution? Hamburg 1918–1919“ – siehe Sonderausstellungen.

Mehr unter: <http://www.revolution1918.de>

■ **Kiel**

100 Jahre Kieler Matrosenaufstand

2018 jährt sich der Kieler Matrosenaufstand zum 100. Mal – ein Ereignis von nationalgeschichtlicher Bedeutung. Es machte den Schauplatz Kiel zu einem Geburtsort der deutschen Demokratie. Kiel erinnert daran, mit Ausstellungen und Theater, Vorträgen, Publikationen und Filmen. Weiter Informationen zur Veranstaltungen und Angeboten im Jubiläumsjahr erhalten Sie unter:

https://www.kiel.de/de/kultur_freizeit/1918/



■ Königstein im Taunus

Festung Königstein – Ort europäischer Demokratiegeschichte

Das Projekt des Königsteiner Vereins „Terra Incognita“ zielt auf die Schaffung einer Erinnerungs- und Erlebnisstätte zur Demokratiegeschichte Deutschlands und Europas ab. Festung Königstein, die in den Jahren 1793 bis 1795 das „Gefängnis der ersten Demokraten“ Deutschlands war, soll zu einem Ort lebendiger, zukunftsorientierter und erlebnisreicher Demokratiebildung werden. Das Projekt umfasst sowohl eine Ausstellung als auch verschiedene Veranstaltungsformate wie die „Königsteiner Soireen“.

Mehr Infos und Veranstaltungshinweise: <http://www.koenigstein-demokratie.de>

■ München

100 Jahre Revolution und Rätezeit in München

Das Kulturreferat der Landeshauptstadt München plant eine stadtweite Veranstaltungsreihe zum Thema vom 07.11.2018 – 02.05.2019.

Mehr unter: <http://www.muenchen.de/rathaus/Stadtverwaltung/Kulturreferat.html>

■ Salmen-Offenburg

Erinnerungsstätte Salmen-Offenburg

Das 1787 erbaute ehemalige Gasthaus Salmen durchlief eine bewegte und wechselvolle Geschichte. Hier verkündeten u. a. der badische Demokrat Friedrich Hecker und die „entschiedenen Freunde der Verfassung“ 1847 den ersten demokratischen Verfassungsentwurf in Deutschland. Heute ist das Gebäude eine Kultur- und Erinnerungsstätte mit einem Museum. Die Museumspädagogische Abteilung bietet Themenführungen für Schulklassen ab dem 8. Jahrgang an.

Weitere Informationen:

<http://www.gedenkstaetten-suedlicher-oberrhein.de/gedenkstaetten/offenburg/>

■ Thüringen

Thüringen 19_19. Demokratie stärken, demokratisches Lernen vorbereiten.

Ein tätiges Jubiläum der Weimarer Republik 2019

Die Bundesrepublik steht vor einem Jubiläum, das seinen Ort zwar in Thüringen hat, aber demokratiepolitisch für ganz Deutschland von Bedeutung ist: 100 Jahre Weimarer Verfassung (1919 – 2019). Über 40 Thüringer Akteure aus verschiedenen Bereichen und Institutionen der Bildung wollen dieses Jubiläum mit Leben füllen, damit es ein „tätiges“ Jubiläum wird, das die Demokratie- und Menschenrechtsbildung stärkt.



Das Thesenpapier, das die Anliegen des Projektes „Thüringen 19_19. Demokratie stärken, demokratisches Lernen vorbereiten“ vorstellt, finden Sie unter:
<http://www.thueringen19-19.de/>

■ Weimar

Weimar klingt

Am 09.11.2018 soll der 100. Jahrestag der Novembervolution mit dem Projekt „Weimar klingt“ begangen werden. In verschiedenen dezentralen Konzerten soll Musik der Weimarer Zeit im Mittelpunkt stehen und zugleich ein Bogen zur Reichsprogromnacht 1938 geschlagen werden.

Woche der Demokratie

Mit einer Woche der Demokratie wird der 100. Geburtstag des Zusammentritts der verfassungsgebenden Nationalversammlung begangen. Dazu soll es vom 01.–10.02.2019 in Weimar eine Reihe von Veranstaltungen geben, u.a., mit Lesungen, Theater und einem offiziellen Festakt.

Fest der Demokratie

Am 31.07.2019 soll das 100. Jubiläum der Verabschiedung der Reichsverfassung durch die Nationalversammlung mit einem großen Fest der Demokratie auf dem Theaterplatz in Weimar begangen werden.

Mehr zu allen drei Angeboten unter: <http://www.weimarer-republik.net>

ÜBERREGIONAL

■ Bildungsangebote der Politikergedenkstiftungen

Die Politikergedenkstiftungen des Bundes (Otto von Bismarck, Friedrich Ebert, Theodor Heuss, Konrad Adenauer, Willy Brandt) bieten ihren Möglichkeiten entsprechend verschiedene Fortbildungen, Seminare, Vorträge und Führungen an. Informationen zu den aktuellen Angeboten erhalten Sie jeweils auf den Seiten der Stiftungen.

<http://www.politikergedenkstiftungen.de/home>





■ **Arbeitsgemeinschaft „Orte der Demokratiegeschichte“**

Die Arbeitsgemeinschaft „Orte der Demokratiegeschichte“ hat sich im Juni 2017 in Berlin gegründet. Ihr gemeinsames Ziel ist es, die Wahrnehmung der deutschen Demokratie- und Freiheitsgeschichte lokal, regional und deutschlandweit zu fördern. Der zeitliche Bogen reicht dabei von der Französischen Revolution bis in die Gegenwart und schließt u.a. solche historischen Ereignisse ein wie das Hambacher Fest, die Revolution von 1848/49, die Weimarer Republik, die Gründung der Bundesrepublik oder die Friedliche Revolution im Jahr 1989. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft „Orte der Demokratiegeschichte“ sind sehr vielfältig. Zum Teil handelt es sich um größere Einrichtungen und Stiftungen, zum Teil um kleine Vereine.

Mehr unter: <https://demokratie-geschichte.de/mitglieder-der-arbeitsgemeinschaft/>

■ **„Straße der Demokratie“**

Der deutsche Südwesten zeichnet sich durch vielfältige und weit zurückreichende freiheitliche und demokratische Traditionen aus, insbesondere in der Zeit von der Französischen Revolution bis in die Gegenwart. Um dieses spannende kulturhistorische Erbe in der Öffentlichkeit bekannter zu machen, haben sich auf Initiative der Städte Karlsruhe und Offenburg eine ganze Reihe von Städten und Institutionen zusammengeschlossen, die historisch mit der Freiheitsbewegung verbunden sind. Ihr länderübergreifendes Projekt ist die Straße der Demokratie. So ist es nun möglich, auf dieser Straße der Demokratie, die bislang von Lörrach im Süden bis Frankfurt am Main im Norden verläuft, die gemeinsamen freiheitlich-demokratischen Traditionen kennen zu lernen. In den beteiligten Städten erzählen Museen, Plätze, historische Gebäude oder andere Erinnerungsorte, die eng mit der Freiheitsbewegung verbunden sind, von den demokratischen Ideen unserer Vorfahren und den oft mühsamen Wegen, sie durchzusetzen.

Demokratiegeschichte wird dort erlebbar, wo sie stattfand:

<http://www.strasse-der-demokratie.eu/>

Ruth Wunnicke und **Dr. Dennis Riffel** sind wissenschaftliche Referenten bei Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.



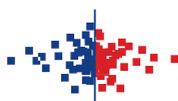
Die Beiträge dieser Broschüre gehen zurück auf eine Fachtagung im Mai 2017.

Vom 18./19. Mai 2017 luden Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und die Gedenkstätte Deutscher Widerstand zur Fachtagung „Vermittlung von Demokratiegeschichte als Beitrag zur Demokratiestärkung“ ein, die im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ stattfand. Eingeladen waren Akteurinnen und Akteure im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ sowie Organisationen und Institutionen der politischen Bildungsarbeit, die demokratiegeschichtliche Angebote umsetzen oder umsetzen möchten. Die Teilnehmenden setzten sich damit auseinander, wie Demokratiegeschichte so vermittelt werden kann, dass Handlungsoptionen für die gesellschaftliche Weiterentwicklung abgeleitet werden können.

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor/die Autorin die Verantwortung.

Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. verbindet seit 1993 historische Erinnerungsarbeit mit dem konkreten Einsatz für die Demokratie. Themen von Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. sind die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen, dem Unrecht des SED-Regimes und verschiedenen Formen des politischen Extremismus. Mehr als 2.000 Mitglieder in 38 regionalen Arbeitsgruppen stellen Jährlich über 400 Veranstaltungen auf die Beine.

Die **Gedenkstätte Deutscher Widerstand** informiert am historischen Ort mit einer umfangreichen Dauerausstellung und vielfältigen Angeboten über den gesamten Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Sie will zeigen, wie sich einzelne Menschen und Gruppen in den Jahren 1933 bis 1945 gegen die nationalsozialistische Diktatur gewehrt und ihre Handlungsspielräume genutzt haben.



Gegen Vergessen
Für Demokratie e.V.

Gedenkstätte
Deutscher
Widerstand

www.gegen-vergessen.de | www.gdw-berlin.de

ISBN 978-3-00-058507-4